

Abonnements
werden beim Verlag und besten Bekannten gegen Einzahlung entgegengenommen, nach ihrer Zahl.
Voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Mk. 4,50 für Deutschland (direkt per Brief-Gewicht)
Mk. 5,25 für Oesterreich (direkt per Brief-Gewicht)
Mk. 5, — für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kontingent).

Inserate
für dreizehnlängere Zeilen
à la ligne — 20 Hg. — 20 Mk.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
London.
Verlag
des
German Cooperative Publishing Co.
E. Bernstein & Co., London N. W.
114 Kentish Town Road.
Postanweisung
Franko gegen Einsendung
von englischen Briefen
nach England kosten Doppelpost.

N 37.

Bestelle an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbreiteten „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schicke man mit die Bestelle nicht direkt, sondern an die bekannten Postadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

14. September 1889.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Der Niesenstreik der Londoner Dockarbeiter

dauert nun schon bis in die vierte Woche, und noch hat er nicht im Geringsten von seiner Großartigkeit eingebüßt. Im Gegenteil. Er gewinnt immer mehr an Bedeutung. Schritt für Schritt hat die Dockgesellschaft den Arbeitern Zugeständnisse machen müssen: erst die Abschaffung der Kontraktarbeit, dann die Zuzicherung eines Minimalverdiensts — Lohn wäre hier nicht das richtige Wort — und schließlich das Versprechen, vom ersten Januar ab den „Tanner“ (Volksbezeichnung für das Sixpence-Stück) zu bewilligen. Aber mit unerschütterlicher Festigkeit beharren die Ausgestoßenen auf ihrer einmal gestellten Forderung, der „Damen zusammengelaufenen Gesindels“, die 60.000 „professionellen Hungerleider“, legen eine Widerstandskraft an den Tag, die viele der geschultesten Gewerkschaftler bewundert. In der That, der Streik ist, wie einer der glorreichsten Veteranen des Chartismus schreibt, „die großartigste Arbeiterbewegung Englands seit dem Niesenstreik von Lancashire im Jahre 1842, und sie verspricht der Ausgangspunkt einer Massenarbeiterbewegung zu werden, von ähnlichem Umfang und ähnlicher Ausdehnung wie die Chartistenbewegung.

Die elementare Gewaltigkeit des Londoner Dockarbeiterstreiks drängt sich Jedem auf, genau wie vor fünf Monaten die des deutschen Bergarbeiterstreiks, mit dem er auch sonst mannichfache Vergleichungspunkte bietet. Die gleiche Unmöglichkeit, dieses soziale Naturereignis zu einem Kunstprodukt „beträchtlicher Agitatoren“ umzulügen (obgleich es ja an bezahlten Redaktoren nicht fehlt, die das Märchen herunterleiern); die gleichen mit unüberwindlicher Kraft wirkenden Ursachen — die gleiche Mächtigkeit des Solidaritätsgefühls.

Die Gesellschaft der freien Konkurrenz, welche den Arbeiter zum Konkurrenten des Arbeiters macht und den einen gegen den anderen hetzt, hat Zustände geschaffen, welche die Grundlagen ihrer Existenz untergraben und mit demselben, der die Ketten der Lohnsklaverei schmiedet, auch das Band des Gemeinnsinns, der Solidarität und Brüderlichkeit schmiedet, welches die zum brüdermörderischen Konkurrenzkampf gegeneinander aufgestellten Arbeiter wieder zusammenführt, und aus ihren zersplitterten Kräften durch die Vereinigung eine Kraftsumme erzeugt, welche, sobald die Arbeiter einmal zum Bewußtsein und zur Erkenntnis gelangt sind, sie in den Stand setzt, die Ketten der Lohnsklaverei spielend zu zerbrechen.

Dieser widerspruchsvolle Charakter der modernen bürgerlichen Gesellschaft, welcher sie zwingt, die Mittel zu ihrer Vernichtung selber zu erzeugen, bereitet den Triumph des Sozialismus vor, den sie nicht bekämpfen kann, ohne ihn zu stärken!

Der Niesenstreik der Dockarbeiter ist so recht eigentlich das Werk des Kapitalismus, der die Untersten und Elendesten des Proletariats mit der „Aristokratie“ des Proletariats, die unskilled workmen — die unqualifizierten Arbeiter — mit den skilled workmen, den qualifizierten, die unorganisierten mit den organisierten zu einer großen Masse zusammengeschweift und wie durch Zauber das Chaos proletarischer Atome in eine organisierte, disziplinierte, schlagfertige, zielbewusste Armee verwandelt hat. Hunderttausende, die vorher kein Gefühl der Zusammengehörigkeit hatten, marschieren jetzt in „Arbeiterbataillonen“ Schulter an Schulter — die Eifersticht ist vergessen — die Nothwendigkeit treibt sie voran, einem festen, klar sich abzeichnenden Ziel zu, gegen den gemeinsamen Feind: den Kapitalismus.

Und nicht bloß in dem Londoner Dockarbeiter ist dieses Gefühl der Zusammengehörigkeit erweckt worden, — auch in anderen englischen Häfen schaaren die Dockarbeiter sich zusammen, und da unter den Dockarbeitern die untersten Schichten des Proletariats zu finden sind, so ist durch den Londoner Niesenstreik der thalassische Beweis geliefert, daß die Lichtstrahlen des Sozialismus in die tiefsten Tiefen des Ozeans der bürgerlichen Gesellschaft vorgedrungen sind; und wo Licht ist, da ist auch Leben, und wo Leben Kampf — Kampf ums Dasein. Was aber ist der Emanzipationskampf des Proletariats anders als ein Kampf ums Dasein?

Der Feind, den wir am meisten hassen — — das ist der Unverstand der Massen! heißt es in der deutschen Arbeiter-Marschallie. Die Kraft ist im Proletariat, allein die Kraft war bisher gepaart mit Ohnmacht, weil sie den Unverstand der Massen“ hat es verhindert, daß die Kraft zur Macht wurde. In je breiteren und tieferen Schichten der „Unverstand der Massen“ dem Verständnis der Massentage weicht und das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit der erkannten Nothwendigkeit des Kampfes zum Durchbruch gelangt, desto näher sind wir dem Augenblick, wo die Kraft des Proletariats zur Macht wird, ja zur Allmacht. Dem

außerhalb des Proletariats gibt es keine Kraft, und die Macht, welche die Feinde des Proletariats haben, ist nur Kraft, die dem Proletariat gestohlen ist, oder die es im „Unverstand der Massen“ seinen Feinden zur Verfügung gestellt hat.

Darum hat jener Veteran des Chartismus recht: dieser Streik der Londoner Dockarbeiter bedeutet eine neue Epoche in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Die Massen, an deren Theilnahmlosigkeit und Unverstand die Bewegung bisher scheiterte, sind in Fluß gekommen, Hunderttausende von Arbeitern, die bisher der Bewegung fern standen und unorganisiert der Spielball des Kapitalismus waren, haben sich organisiert, sind in die Reihen des kämpfenden Proletariats getreten und marschieren tapfer und fest in der Sturmfront, welche die Bastille des Kapitalismus zerstören will und wird.

Ob alle Forderungen der Dockarbeiter sofort durchgesetzt werden oder nicht — wir hoffen das erstere und haben die besten Gründe es zu hoffen — das ist für die politische und soziale Bedeutung des Londoner Niesenstreiks ganz unwesentlich: das große Resultat, daß Hunderttausende von Arbeitern, die für die Arbeiterfrage todt waren, nun für sie leben und kämpfen — das kann nicht vernichtet, kann nicht geschändert werden, und das ist ein großer Triumph der Arbeiterfrage.

Aus Frankreich.

(Schluß)

Die Zerlegung aller alten politischen Parteien durch den Boulangerismus tritt anlässlich der bevorstehenden Wahlen noch schärfer hervor als in der vorausgehenden Zeit. Trotz ihres Sturzfalls mit dem rechten Flügel der Radikalen können die Opportunisten ihr Verbinden mit den Konservativen, zumal den Royalisten, nicht lassen. Sie waren noch heute zu jedem Kompromiß mit diesen, bezw. zu dem früher geplanten Kabinett Rouvier-Modan, bereit, wenn die Herren Konservativen mit wollten. Aber diese finden, daß die opportunistischen Wahlaktiven zu schlecht seien, und ziehen deshalb ein Stimmfeld mit dem Boulangerismus vor. Für die Herzenswünsche der Opportunisten nach dieser Seite hin ist charakteristisch, daß im Prozej Boulanger wohl alle radikalsten Bundesgenossen des „brav général“ vor das Forum gezogen, was angeklagt wurden, der Staatsanwalt aber die Verbindung Boulanger's mit dem Grafen von Paris, mit den Säulen und Juchensregern des Roy — den Arthur Meyer (Redakteur des „Gaulois“) und Konforten — sowie den Boulangeristen ganz aus dem Spiele ließ. Und dies, obgleich es außer allem Zweifel stand, daß das ganze noble Hamburg St. Germain mit Boulanger konspirierte, ihn mit Geld versorgte, in ihm „die Breche“ feierte, durch welche die Monarchie ihren Einzug halten konnte“. Die zarte Schonung der konservativen „Risikodünen“ Boulanger's war eine Kostprobe für die Bundesbrüder der Zukunft: die hochopportunistischen Organe weisen immer und immer wieder darauf hin, daß der Unterschied zwischen ihnen und den Konservativen nicht so groß sei, wie der zwischen diesen und den Boulangeristen einerseits, ihnen selbst und den Radikalen, resp. Sozialisten andererseits, daß also konservativ und Opportunisten natürliche Bundesgenossen seien. Daß die Konservativen trotz aller Liebeshändel einen Kompromiß mit den Boulangeristen und Boulangeristen vorziehen, ist ein Zeichen mehr dafür, daß der Opportunismus sich ziemlich abgewirtschaftet hat, und daß es sich diesmal für ihn um Sein oder Nichtsein handelt. Die „Union der Rechte“ hat auf ihre Kandidatenliste ganz offene Boulangeristen gestellt und erklärt, überall für solche einzutreten; das „Konservative Wahlkomitee“ dagegen will einfach die Boulangeristen Kandidaten nirgends befehlen; eine dritte Gruppe von Konservativen allerdings will die Anhängerschaft des Boulangerismus weber direkt noch indirekt unterstützen. Ob dieselbe noch an ihrem Entschlusse festhält, nachdem der Graf von Paris in seinem Manifest mit seiner ganzen gottbegnadeten Autorität für die Boulangeristisch-boulangaristische Koalition eingetreten, bleibt abzuwarten.

Die Kandidaten der Boulangeristen scheinen etwas herabgemindert, nach dem Umstande zu schließen, daß dieselben sich mit Aufstellung eigener Kandidaten auf Paris beschränken. Die Provinz, welche sich bei den Generalwahlen so reichlich gegen den Boulangerismus erweis, wird nun mit Boulangeristisch-konservativen Kandidaten beglückt werden. In die Boulangeristen schlichen sich verschiedene Kandidaten an, welche angeblich Nichts von Boulanger wissen wollen, aber dessen Programm für gut befinden und billigen.

Weiter ist auch bei den Wahlen von keinem einseitigen Vorgehen der Sozialisten zu erwarten. Die Sozialisten haben sich zwar in Erkenntnis ihres faktischen Scheitern bei der Wahl vom 27. Jan., die zum Verlust eines großen Theils der Wahlmandate führte, zur Aufstellung von besonderen Kandidaten ernannt. Allein da diese Kandidaten noch immer in sehr einseitigem Ant Boulangerismus stehen und zu viel Schonung gegen den Opportunismus beweisen, so stehen sie auf viel Opposition unter den Arbeitern. Fast in allen Bezirken stehen die Possibilisten gegenwärtig seitens der unabhängigen Sozialisten, der radikalsten Sozialisten, gegenüber. Einer der interessantesten Wahlkämpfe wird sich im zweiten Wahlkreis des 18. Arrondissements, in Clignancourt, abspielen, einem Bezirk, der bisher für die Hochburg des Boulangerismus galt. In demselben gibt es außer der Boulangeristischen Kandidatur die possibilistische Kandidatur Joffin's, die des Radikalen Anatole de la Forge und die des unabhängigen Sozialrevolutionärs Lefrançois. Am ecktesten ist vor der Hand der Kampf zwischen dem radikalsten und possibilistischen Kandidaten. Der „Parti Ouvrier“ befaßt sich bitter darüber, daß die Radikalen gar so schlecht den früher geleisteten Posten lohnen. Dasselbe haben sie allerdings die Meinung, daß das Organ Jules Ferry's, des leitenden Führers der Opportunisten, die „Eclaircissements“, durchaus für die Kandidatur Joffin's gegenüber der Anatole de la Forge's eintritt, weil die Radikalen an ihren Programmen festgehalten haben, während der „Parti Ouvrier“ die Klugheit gehabt, sein Programm in die Tasche zu stecken.“

In der Provinz werden die Kollektivistischen Kandidaturen aufstellen, unter denen bis jetzt diejenige von Guesde in Marseille endgültig angenommen zu sein scheint. Der Propagandafeldzug

welchen Guesde und Lafargue in Marseille, Gette, Tonlon u. fest Bodden unternommen, findet vielen Anklang, allerdings wird er von der Presse von Paris todzuschweigen verurteilt. Merkwürdig, jedoch für den, der die im revolutionären Lager herrschende Unklarheit kennt, nicht übersehend ist, daß die alten Revolutionäre gerade vielfach der Ausbreitung der modernen Bewegung Knäuel in den Weg werfen. So hat z. B. sich das ehemalige Mitglied der Kommune, Protat, nicht entblüdet, Guesde's Kampagne dadurch zu schädigen, daß er die ehrenrührigsten Anklagen gegen Guesde erhob, welche dieser jedoch in einer zahlreich besuchten, bis tief in die Nacht währenden Volksversammlung zu Marseille glänzend widerlegt hat. Die Versammlung erklärte Protat's Anklagen für verläumdend.

In einer anderen Versammlung, welche bereits vor zirka 14 Tagen stattfand, wurden nach den Darlegungen Lafargue's und Guesde's folgende Beschlüsse angenommen:

Die verschiedenen Regierungen, welche sich seit einem Jahrhundert gefolgt sind, haben der Lage der Arbeiter keine Besserung gebracht. Sie haben nicht einmal vermocht, die Mittellasse, die Kleinrentner und die Kleinbauern, zu beschützen, welche sie der Raubhust der Aktiengesellschaften ausgeliefert haben.

Dieser Mangel kann nur von Vorkämpfern weiter fortgesetzt werden, welcher ebensomöglich wie Ferry und Bestat im Stande ist, die sozialen Probleme zu lösen.

Die Opfer der gegenwärtigen Ordnung können nur dadurch, daß sie sich in eine sozialistische Partei organisieren, die allgemeine Emanzipation verwirklichen können, indem sie zum Heil und für die Entwicklung der Republik die Macht ergreifen.

Die Versammlung fordert deshalb die Arbeiter auf, mit allen bürgerlichen Parteien, mit Opportunisten, Boulangeristen, Monarchisten zu brechen, und ihre Stimmen nur sozialistischen und revolutionären Kandidaten zu geben.“

Wie die Wählermasse auf alle die von den verschiedenen Seiten gemachten Aufregungen reagiren wird, kann man unmöglich voraussagen. Bis jetzt beschränkt sich die Wahlstimmung auf die Kreise der Politiker und Journalisten, aber den Wässern des Volks lagert ein schwelendes noch ziemliche Stille.

Der 22. Jahreskongress der englischen Gewerkschaften.

Am dieselbe Zeit, da London der Schauplatz einer Bewegung war, die die Herzen aller Kämpfer für die Emanzipation der Arbeiterklasse mit neuer Hoffnung belebte, da die feste Schicht des Proletariats der Weltmetropole, die bisher Hoffnungslos, sich zum Widerstand aufriefen, aus einem zusammengelaufenen Haufen ein blühhilftiges Armeekorps wurden, errang in Dundee das alte jankisch reaktionäre Element in der englischen Arbeiterbewegung vorübergehend Siegt über die vorgeschrittenen Richtung, wie sie niemand, selbst die genauesten Kenner der einschlägigen Verhältnisse nicht, mehr für möglich gehalten hätte. Aber weit entfernt, uns zu entmutigen, hat der Kongress von Dundee in seinem Gesamtverlauf uns nur einen neuen Beweis geliefert, daß der alte bornirte Gewerkschaftsgeist in England immer mehr zerfällt, während der Sozialismus allen Hindernissen zum Trotz unaufhaltsam vorwärts schreitet.

In den ersten Tagen freilich, da der Telegraph immer nur von neuen Siegen der Broadhurst, Shipton und Genossen berichtete — so erzielte Herr Broadhurst am vorigen Mittwoch ein Vertrauensvotum mit 177 Stimmen gegen 11 — mußte Jeder ruhig werden; je mehr aber der Kongress in seinen Beratungen vorrückte, um so mehr zeigte sich, daß jene großen Majoritäten nur ein künstliches Nachwerk waren, und für die Dauer nicht Stand hielten.

Herr Broadhurst ist kein ungehobelter Mann. Statt sich in London, wo die Opposition gegen ihn und das parlamentarische Komitee am stärksten ist, mit dieser Opposition herumzutreiben, sorgte er in aller Stille dafür, durch Suttars „von den Dörfern“ die unbewusste Opposition doppelt und dreifach weit zu machen. Seit Jahren war kein Gewerkschaftskongress in England so stark befaßt als der jetzt stattgehabte. Während auf dem vorjährigen 105 Delegirte 816,914 Mitglieder vertraten, waren diesmal 210 Delegirte anwesend, die 885,055 Mitglieder vertraten. Man sieht, die Zahl der Delegirten ist unverhältnismäßig mehr gestiegen, als die Zahl der vertretenen Mitglieder — die erstere um über 26, die zweite nur um etwas über 8 Prozent — man hat die kleinsten Vereinen herangezogen, und bei der Abstimung nach Köpfen hat sich das auch reichlich gelohnt.

Dazu kam aber noch, daß der gefährlichste Gegner der alten Gewerkschaftsführer, John Burns, durch den Dockarbeiterstreik in London zurückgehalten wurde. Er hätte das Mandat zum Kongress, das ihm seine Gewerkschaft — die vereinigten Maschinenbauer — gegeben, im letzten Moment abgeben müssen; diesmal ging eine, der Form nach lokale Angelegenheit der nationalen vor, weil sie die ungleich wichtigere war. Dasselbe, was von John Burns gesagt worden, gilt von Tam Mann. Auch er mußte im Interesse der Doker in London zurückbleiben. So fiel die Führung der Opposition gegen die Broadhurst-Shipton'sche Wirtschschaft fast ausschließlich auf die Schultern Kerr Hardie's, dem eine geschlossene Kohorte von Anhängern, Freunden und Mitarbeitern Broadhursts gegenüberstand.

Diese gingen mit jenem Terrorismus vor, der überall die „Gemäßigten“ angezeichnet. Wir haben Proben davon auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress in London im vorigen Jahre gesehen, wo jeder englische Redner, der zur Opposition gehörte, disantirt und drangsaliirt, unter Umständen niedergeschrien wurde, während die Anhänger der Mehrheit sich alles Mögliche gestatten durften. Das war auch in Dundee der Fall, wofür nur ein Beispiel. Blackwell, Delegirter für die Londoner Schriftsteller, beklagte sich, daß das Parlamentarische Komitee Männer, die früher Vortreffliches geleistet, in höchst verwerflicher und brutaler Weise angegriffen habe. Sofort wird er vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen und gewarnt, diese Ausdrücke zurückzunehmen. Gleich darauf tritt ein Anhänger der Mehrheit, Herr T. H. Clark, auf und konzentriert gegen die „possibilistischen“ abernen Angriffe auf Herrn Broadhurst, aber kein Präsident findet an diesen Ausdrücken etwas zu bemängeln. Geradezu gemein war der Ausschluß des Präseien Simeoz. Diese Dame ist seit langen Jahren eifrig bemüht, die Londoner Arbeiterinnen gewerkschaftlich zu organisieren, sie ist auf früheren Kongressen unbeanstandet zugelassen worden und hat auch 1884 auf den Internationalen Konferenzen zwischen Gewerkschaften und Possibilisten in Paris als Delegirte fungirt. Herr Simeoz hat sich aber im Frühjahr dem Protektkomitee der Londoner Gewerkschaften gegenüber der Haltung des Parlamentarischen Komitee in der Frage des Internationalen Kongresses angegeschlossen, und das heilige Tabu. Sofort entdeckte Herr Broadhurst, daß Herr Simeoz „keine Arbeiterin“ ist, und Herr Simeoz erhielt keine Zulassung, trotzdem sie rechtmäßig erwählte Delegirte einer Gewerkschaft war. Diesem Terrorismus nun sind die Erfolge des Parlamen-

*) Seitdem das Vorstehende geschrieben, hat Herr Anatole de la Forge seine Kandidatur zu Gunsten Joffin's zurückgezogen. Ned. d. „Soj“.

tarischen Komite hauptsächlich zuzuschreiben. Man muß nicht vergessen, daß die Gewerkschaftler zwar vielfach bereits vom Sozialismus angehaucht, aber nur zum verschwindenden Theil durchgebildet, übergenug Sozialisten sind. So bilden sie in ihrer großen Mehrheit eine langsam wachsende Klasse, die sich vom Augenblicks-Glück fortzuziehen läßt, in ihrem ersten Impuls dem Geleze der Schwere gehorcht, das aus den oben angegebenen Gründen dem Parlamentarischen Komitee günstig war.

Als geschickter Demagoge hatte Herr Broadburt seinen ganzen Feldzugsplan darauf eingerichtet. Seine Widersacher lächerlich zu machen, sie als eine winzige Minderheit hinzustellen, dieses Verstreuen blüht durch alle seine Maßnahmen durch. Seine Antwort auf die Anklage der Herr Hardie's, die Hygien von größter prinzipieller Wichtigkeit enthielt, ward, wie ein Korrespondent von "Reynolds Newspaper" rügt, von Anfang bis zu Ende durch "Heiterkeit", "Erneuerte Heiterkeit", "Späterkeit und Weisheit", "führnische Heiterkeit" begleitet. Seine Angriffe auf seine Widersacher waren eines Mannes, der eine öffentliche Rolle spielt, unwürdig. Ein wahrer Stachel aber war der Bericht über die Abstimmung über die Achtstundensfrage, der eine Mehrheit von 23,254 Stimmen gegen den Achtstunden-Arbeitstag herausrechnete (62,883 dagegen und 39,629 dafür). Wie sich später herausstellte, hat das Parlamentarische Komitee die Abstimmungs-Resultate derjenigen Gewerkschaften, die ihre Berichte zu früh eingesandt, einfach bei Seite gelegt; daß es fast nur Gewerkschaften betraf, die für den Achtstundentag gestimmt — so die Bergarbeiter von Nottinghamshire mit einer Majorität von 8000 Stimmen dafür — ist natürlich purer Zufall. Mehr als 1/2 aller Stimmen gegen den Achtstunden-Arbeitstag sollen von den Textilarbeitern Lancashire's herkommen. Thatsächlich haben die betreffenden Gewerkschaften gar keine Urabstimmung gehabt, es wurde auf einer Generalversammlung über die Frage abgestimmt, und weil die Majorität mit Nein stimmte, folgt der Bericht schlankeweg: Mehr von Nord-Lancashire 33,756 Stimmen dagegen, Spinner von Lancashire 17,125 Stimmen dagegen, Minorität gibt es nicht. Das Gewerkschafts-Komitee (Trades-Council) von Wolverhampton stimmt gegen den Achtstundentag. Rings sagt der Bericht: Wolverhampton 4500 Stimmen dagegen. Das Gewerkschaftskomitee von Liverpool stimmt mit 22 gegen 2 Stimmen für den Achtstundentag; obwohl dasselbe 5000 Mitglieder vertritt, bezeichnet der Bericht nur: Liverpool 22 dafür, 2 dagegen. Unter diesen Umständen beschloß daher der Kongress am fünften Tage einstimmig, bezw. ohne Widerspruch, den Abstimmungsbericht zu verwerten — ein Verwerfen in den Händen der des "glänzenden Vertrauens" von zwei Tagen zuvor.

Thatsächlich war, soweit überhaupt abgestimmt wurde, die Mehrheit für den Achtstundentag und von dieser wieder die Mehrheit für einen gesetzlichen Achtstundentag. Die Freude der Gegner eines wirklichen Arbeitstages war also nur eine kurze.

Trotzdem der Kongress unter so ungünstigen Anzeichen für sie begann, ließ sich die Minorität doch nicht einschüchtern. Am vierten Tage des Kongresses brachte Herr Hardie als Motion für die Aktion des Parlamentarischen Komitee eine Resolution ein, welche sämtliche Forderungen des Internationalen Kongresses von Paris über den Arbeitstages enthielt. Selbstverständlich suchte das Parlamentarische Komitee die Debatte über diesen Antrag zu erschöpfen und damit seiner Geltung gelang ihm dies auch. Aber trotzdem war die Majorität bedeutend geringer als die vorhergehenden: es stimmten 75 für und 49 gegen Uebergang zur Tagesordnung. Und als Tags darauf die Frage über den Achtstundentag allein zur Abstimmung kam, war das Verhältnis der Stimmen 88 : 63. Man kann sagen, daß die Minorität von Tag zu Tag an Stimmen gewann, was nicht zum geringsten Theil dem Fest, besonnenen und überzeugenden Auftreten der Sozialisten, voran Herr Hardie's, zu danken ist.

Von den Beschlüssen des Kongresses bewegen sich die meisten in dem alten Geleise der Gewerkschaftspolitik. Verbesserung und Ausdehnung des Arbeitsgesetzes, Vermehrung des Arbeiterelements in der Zulassung der Fabrikinspektion u. dgl. Für die Bergarbeiter wurde die Forderung eines gesetzlichen Achtstundentages einstimmig befaßt. Das Parlamentarische Komitee wurde beauftragt, die Verbindungen mit den Gewerkschaften zu pflegen und für weitere internationale Kongresse zu wirken und ebenso wurde die Nothwendigkeit der Schaffung großer nationaler und internationaler Verbände betont.

Alles in Allem läßt sich nicht leugnen, daß der Kongress gegen die der letzten Jahre einen Rückschritt bedeutet, allein derselbe ist durchaus nicht so groß, wie es nach den ersten Abstimmungen schien. Eher kann man sagen, daß die Fortschritte der letzten Jahre seinerzeit überschätzt worden sind.

Wir müssen uns abgewöhnen, und durch sozialistisch klingende Redensarten in den Wahn wiegen zu lassen, in ihren Verbindungen mit Sozialisten zu thun zu haben. Nehmen wir z. B. den weiter oben genannten Theilfall. Nach seiner Eröffnungsrede auf dem Gewerkschaftskongress in Southport schien es, als sei er überzeugter Sozialist, der Herr hat sich aber als Gewerkschaftsmitglied gewöhnlichen Schlages herausgestellt und ist jetzt einer der getreuesten Schildknappen des Herrn Broadburt. Die sozialistische Phrase ist allmählich Mode geworden, aber von ihr bis zum Sozialismus ist noch ein weiter Schritt. Daß sie Mode geworden, ist ja auch schon ein Erfolg, der jedoch nur dann einen Werth hat, wenn er als Anfeuerung zu unermüdlicher Fortarbeit aufgeföhrt wird.

Wir gebrauchten den Ausdruck Verhöhnung nicht gern, weil er der Deutlichkeit und Trägheit überhaupt großen Vorwand leistet, aber in diesem Falle scheint er uns wirklich angebracht. Der Sieg des Herrn Broadburt war ein Verhöhnung, nur mit Aufbietung der verwerflichsten Mittel wurde er erzwungen. Solche Mittel nutzen sich sehr schnell ab, und wenn die Sozialisten in dem vor ihnen liegenden Jahr ihre Schuldigkeit thun, dann wird Liverpool — diese Stadt ist zum nächsten Kongressort ausgewählt worden — doppelt gut machen, was Dundee geföhrt hat.

Sozialpolitische Rundschau.

London, 11. September 1889.

— Aus Deutschland wird uns geschrieben:

Das neue Sozialistengesetz liegt in seinen Umriffen vor uns und wir können nur sagen, daß es genau dem entspricht, was wir davon erwartet hatten. Die Urheber des Sozialistengesetzes hatten nur die Wahl, entweder mit der Ausnahmegebung zu brechen, oder sie zu vervollkommen und auszudehnen — entweder zurück zu gehen oder vorwärts. Daß sie das Erstere thun würden, konnte nur Jemand annehmen, der an die staatsmännliche Befähigung der heute in Deutschland an der Spitze der Geschäfte stehenden Politiker glaubte, die ihrem innersten Wesen nach nur Politiker sind.

Daß das Sozialistengesetz in seiner jetzigen Gestalt nichts taugt, das hatten sie allerdings begriffen — sie täuschen sich nicht darüber, daß es der Sozialdemokratie nicht nur keinen Abbruch gethan, sondern ihr positiven Vorwuch geleiht hat. Sie bilden sich aber in ihrem beschränkten Volkerverstand ein, dieser Widerspruch liege in Wängeln des Gesetzes, nicht in der Natur der Dinge. Aber wie diesen Wängeln abhelfen? Das Gesetz verschärfen? Das hat seine Schwierigkeiten. Durch solche Verschärfungen, wie das berüchtigte Erparirungsgeleze ist entfallen, wird das öffentliche Gefühl nur erbittert und Sympathie für die unterdrückte Partei erweckt.

Als keine Verschärfung in dem brutalen Sinne des Wortes. Statt der Verschärfung einer scheinbaren "Milderung".

Zum Beispiel Abschaffung des "keinen Belagerungszustand", der sich als eine vollkommen überflüssige Maßregel herausgestellt und durch keine empfindenden Parteien und Willkürlichkeiten in erster Linie dazu beigetragen hat, das Sozialistengesetz in seiner jetzigen Gestalt in Berlin zu bringen.

Durch einen Gesetzesparagraphen, der die schon bestehenden Aufenthaltbeschränkungen erweitert und vermindert, kann man weit mehr erreichen, ohne daß man das gleiche Odium auf sich laden. Um die "öffentliche Meinung" zu beruhigen, braucht man je bloß die Polizei

durch die Gerichte zu ersetzen. Im Anfang werden manche der Herron Richter allerdings die Absichten des neuen Gesetzes zum Theil nicht recht auffassen, indes mit Hilfe der Reichsregierung, mit Berufung auf die Abschlüsse, die das bieder Reichsgericht ihnen vorschickte, geben wird, werden die Strafen bald überwinden sein und die Verurtheilungen mit der massenhaften Flüchtigkeit eines Urtverfalls erfolgen. Betrachten wir nur, was unsere Richter jetzt leisten. Welche Schwereigkeiten machten ihnen nicht Anfangs die §§ 128 und 129! Doch das Reichsgericht zeigte ihnen, wie man über den Stock zu springen hat, und nun bestimmen sich die Richter — Verzeihung! die Richter gar nicht, der Stock wird vorgehalten, und Hoppla! sie sind drüber, als wären sie national-liberale Reichstagsabgeordnete.

Die neuen Geleze werden keine größeren Schwierigkeiten machen.

Der Hauptmangel des Sozialistengesetzes bestand oder besteht darin, daß es die sozialdemokratischen Umsturzbestrebungen als besondere Kategorie der sozialdemokratischen Bestrebungen hinstellt. Wie sind die "Umsturzbestrebungen" zu definieren? Die deutsche Polizei mit ihrem Polizeiverstand war außer Stand es zu thun — und wir wollen gleich hinzufügen: sie hätte noch hundertmal weniger beschränkt sein können, als sie ist, und sie hätte es auch nicht fertig gebracht. Es gibt gewisse Dinge und Begriffe, die sich überhaupt nicht definieren lassen — und zwar aus dem einfachen Grund, weil sie nur Einbildungen sind, und nicht wirkliche Dinge und Begriffe. In ihrer Noth mußte die Polizei den imaginären Begriff: "Umsturzbestrebungen" so definieren: "Umsturzbestrebungen" im Sinne des Sozialistengesetzes ist Alles was der Polizei nicht gefällt. Das war sehr einfach, letzte jedoch die Polizei in besonders trafen Fällen als Führer der "Vorderfront" aus.

Diesem Grundfehler des bisherigen Sozialistengesetzes soll man gründlich abgeholfen werden. Wie und die Regierungsbücher verrathen haben, wird eine Bestimmung ins Gesetzbuch gebracht des Inhalts: "sozialistische und sozialdemokratische Thematika dürfen in öffentlichen Volksversammlungen nicht diskutiert werden".

Wir waren verführt, die betreffenden Mittheilungen der Regierungspreffe für einen schlichten Witz zu halten, allein die Thatsache, daß die deutsche Polizei bereits Instruktionen in diesem Sinne empfangen hat und dementsprechend zu handeln beginnt, hat jeden Zweifel aus dem Wege geräumt. In Würzburg (Sachsen) plauderte der Bürgermeister Mühlte gelegentlich eines Versammlungsverbots das Geheimniß aus, daß die Diskussion sozialistischer Thematika (über Thema darf nicht gesprochen werden) strengstens in Versammlungen nicht gestattet sein wird.

Und mehr! Die Kreisoberamtmannschaft Treeden und die Kreisoberamtmannschaft Leipzig, das sind zwei der höchsten Verwaltungsbehörden Sachsens, haben solchen sozialistische Wadiverne einzig und allein deshalb verboten — wie in der Vollziehung offen zugestanden wird — weil in ihnen sozialistische oder sozialdemokratische Thematika erörtert worden sind.

Wer die sächsischen Behörden kennt, weiß, daß sie eine derartige Maßregel nicht treffen, ohne vorher in Berlin sich befragt zu haben.

Vermittelt dieser Bestimmung kommt man auch über die Unannehmlichkeiten des Koalitionsrechts hinweg. Dürfen streikende oder streikende Arbeiter nicht "über Thema" sprechen, je nun — dann ist das Koalitionsrecht ein Messer ohne Klinge und Schiff, selbst wenn auf die weitere Bestimmung, daß nur arbeitende Arbeiter-Strikationsgelegenheiten reden dürfen, verzichtet wird.

Wie mit der Presse fertig zu werden ist, darüber wird man sich den Kopf kaum zerbrechen. Die deutsche Presse ist ohnehin schon so geföhrt, daß sie keine gefährlichen Sprünge machen kann; und bildet man das System der Geldstrafen ein Bißchen mehr aus, als dies bislang geschehen ist, so kann man der Presse noch einen weit besseren Knappspann anlegen, als durch den Verbots-Paragraphen des Sozialistengesetzes.

Wir haben im Vorstehenden das neue, das kommende Sozialistengesetz in seinen Umriffen gezeigt. Vielleicht, daß die Pläne noch geändert werden. Gegenwärtig bestehen sie jedenfalls. Was wir davon denken — nicht vom "moralischen" sondern einfach vom tatsächlichen Standpunkt aus, vom Standpunkt der Nützlichkeit und Schädlichkeit — das brauchen wir unseren Lesern nicht zu sagen: das neue Geleze gleich dem alten ist uns ein erhellender Beweis für die Nutzlosigkeit und Erbarmlichkeit unserer Feinde. Wir werden fortfahren, diesen den Spiegel ihrer Infamie vorzuhalten und — wir pfeifen und werden pfeifen.

— Es muß wirklich schlimm stehen um die herrschende Staats- und Gesellschaftsordnung. Nun ist auch der "liberale deutsche Fürst", der Großherzog von Baden, unter die sozialdemokratischen Agitatoren gegangen. Unter die sozialdemokratischen Agitatoren? Das muß ein Druckfehler sein, denkt der Leser. Aber sein Zweifel ist durchaus unbegründet. Es ist wahr, der konstitutionelle Fürst des konstitutionellen Mutterlandes hat eine anti-sozialdemokratische Pause gehalten; aber nicht darauf kommt es an, was einer sagt, sondern darauf, was er thut, was er sagt, wirkt. Und von diesem Gesichtspunkte aus war die Anrede, die der Onkel des deutschen Kaisers neulich auf einem Kriegertag am Bodensee gehalten, und die jetzt die Kunde durch die deutsche Kartell- und Kartellpresse macht, eine Agitationsrede für die Sozialdemokraten, wie sie der Unbezahlbare nicht besser hätte halten können. Man höre nur:

"Auch im bürgerlichen Leben muß sich Jeder sagen: Sei bereit! Was heißt aber: bereit sein? Etwas nur zu kommen, um die Pflicht als Soldat zu thun? Nein, meine Freunde, das ist es nicht allein. Das wird Jeder thun, wenn ihn das Vaterland zum Kampfe ruft. Nein, wir müssen auch bereit sein im Innern; das müssen Sie sich vergegenwärtigen, daß es auch einen inneren Feind gibt, der im verdeckten Schleier umhergeht und der zu betämpfen ist, wenn es daran abgehen ist, die Ordnung zu stören. Da ist es nicht bloß der alte Soldat, sondern auch der junge Soldaten Pflicht, einzutreten; denn es gilt hier nicht nur dem Reize, sondern der engeren Heimath, dem Herde, der Familie! Hier wollen wir wachsam sein im heiligsten Sinne des Wortes! Stehen wir fest, fest und beharrlich auf unserm Boden und wissen ihn zu vertheidigen gegen wen es auch sein mag, so kommt dies dann auch im staatlichen Leben zum Ausdruck, wie es auch in diesem Besitze wiederholt geschehen ist. Wie aber sorgen wir dafür, daß der staatliche Zustand, in dem unser Land sich zur Zeit befindet, aufrecht erhalten bleibt? Diese Frage ist schon früher aufgeworfen und wird immer von Neuem aufsteigen. Es gibt nur eine Antwort: Daß Jeder daran denke, die Aufrechterhaltung dieser festen gegebenen Ordnung als eine ernste Pflicht anzusehen. Die Mahnung, meine Freunde, die gegebene Ordnung aufrecht zu erhalten, brauche ich nicht an Sie zu richten, denn Sie haben zur Fahne geschworen, und ich weiß, daß Sie den Fahnen hochhalten, aber ich richte mich an Sie, damit Sie die Mahnung an die Jugend ergehen lassen, auf diesem Wege zu bleiben, daß nichts von dem verloren gehe, was mit ihrem Blute erkauft worden ist!"

Nachdem er dies gesagt, fiel dem Großherzog ein, daß er so ein konstitutioneller Fürst ist und er sagte hinzu:

"Ich glaube von Ihnen recht verstanden zu werden. Ich spreche von keinen Mächtigungen, keinen Partelen, sondern von dem, was jedem Staatsbürger obliegt, besonders denjenigen Staatsbürgern, welche die Verpflichtung haben, die Waffen zu tragen."

Ein "innerer Feind", der die feste gegebene Ordnung, den staatlichen Zustand, "Eigentum und Familie" bedroht, und doch weder "Mächtigung" noch "Partei" ist, ist ein Un Ding, beinahe noch widerwärtiger wie die konstitutionelle Monarchie. Aber wie in der konstitutionellen Monarchie entweder die Konstitution oder das Monarchentum eine Lüge zu sein pflegt, so auch hier. Der Schlussatz ist nur eine Lüge — sagen wir eine fromme Lüge; dem im "verdeckten Schleier" (welcher Stil!) umhergehenden Feind eine verdeckte Kriegserklärung! Unter uns Kriegervereinen glaube ich verstanden zu werden. Wir dürfen als solche keinen politischen Kampf führen, aber richten wir uns darauf ein, wenn der erste Moment kommt, loszuschlagen. Bereit sein ist alles."

Wir sind dem großherzoglichen Agitator für diese Offenheit sehr dankbar. Uns föhrt sie freilich über die Kriegervereine nichts Neues, aber sie ist ein neuer Beleg für das oft von uns darüber Gesagte und wird uns helfen, vielen die Augen zu öffnen, die bisher noch in dieser Hinsicht blinzelten begten. Weiter aber ist sie — und das macht sie uns noch werthvoller — ein Zeichen der kolossalen Angst, die man in den maßgebenden Kreisen gegenüber der Sozialdemokratie empfindet, der

großen Unsicherheit, die noch alle herrschenden Kreise am Vorabend ihres Sturzes zu befallen pflegte. Der Großherzog von Baden, aber die, die seine Rede aufgesetzt, haben die soziale Revolution schon vor der Thüre — für etwas, was man erst nach Jahrzehnten, nach Generationen erwartet, ruft man seine Freunde nicht auf, "bereit zu sein." So hat die Rede des großherzoglichen Agitators etwas ungemein Aufmunderndes und Ermuthigendes für Sozialdemokraten. Wenn uns einen Augenblick Zweifel befallen über die Stärke unserer Bewegung, so sind es immer und immer wieder unsere Feinde, aus deren Muth und Reden der Jura heraustritt: Begrabt eure Zweifel, Kleinmüthige, seht ihr denn nicht, wie uns die Kräfte schloßtern? Also noch einmal, besten Dank, Herr Großherzog!

— Das "gute Einvernehmen." In der infamsten Einbrüchigkeit in das Koalitionsrecht der Arbeiter, die in der letzten Zeit in Deutschland verübt worden, gehört die Aufhebung des Fachvereins der Töpfer von Leipzig und Umgebung. In der "Begründung", die diesem Gewaltstreich mit auf den Weg gegeben wurde, heißt es u. A., daß "der genannte Fachverein bereits seit längerer Zeit nicht sowohl die Hebung und Förderung des Töpfergewerbes auf gleichem Wege, als vielmehr den Zweck verfolgt, das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im gedachten Gewerbe an hiesigen Orte auf alle Weise zu stören, bezw. um solches überhaupt unmöglich zu machen, die Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber aufzuheben, die Kriterien an jeder freien Bewegung auf gewerkschaftliche Gebiete und an jeder Verhätigung eigenen Willens bezüglich der Arbeits- und Lohnverhältnisse zu hindern, jedes die-elle-Verhandeln über solche zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unmöglich zu machen und die nicht dem Fachverein angehörigen Gewerkschaften durch Behelligungen aller Art, in durch Behelligungen und thätliche Angriffe zu zwingen, dem Vereine beizutreten, oder doch dem von diesem gebildeten Terrorismus sich zu fügen."

Das Organ der Leipziger Arbeiter, der "Wähler", druckt diesen schönen Gratz ab und bemerkt dazu:

Frägt man, wie die Töpfergelesten das gute Einvernehmen u. gestört haben, so erhält man zunächst die Antwort, daß die Töpfermeister Leipzig den mit den Gelesten gemeinschaftlich anerkannten Tarif nicht mehr bezahlen wollten. — Die Gelesten hielten an den gemeinschaftlichen Abmachungen fest und so kam es zum Streik. — Wer war also der Störenfried des guten Einvernehmens? Die Antwort lautet: Die Arbeitgeber! — Der Verein soll die Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber aufgehört haben. In Nr. 35 der "Deutschen Töpferzeitung" lesen wir, nachdem über die "Unverschämtheit" geschrieben worden ist: "Man sehe uns immerhin der Aufreißung, aber gegen die Streiker, namentlich aber gegen die Agitatoren, muß mit aller Strenge vorgegangen werden. Man lege doch die streichen Wurzeln einfach an die Luft und lasse sie einmal einige Monate in Ruhe darüber nachdenken, ob der Arbeitgeber in der Lohnfrage doch wohl das erste und das letzte Wort zu sprechen hat!" — Wer dröhrt sich also mit der Aufreißung?

— Die Antwort lautet: die Arbeitgeber! — Der Verein soll durch allerhand Mittel Terrorismus auf die Gewerkschaften ausgedehnt haben, dem Verein beizutreten. — Am 21. Juli (also sechs Wochen vor der Auflösung des Vereins) sah die Vorstandsvollversammlung des Dresdener Verbandes selbstständiger Töpfermeister und Odenfabrikanten folgenden Beschluß: "Die im Vereinsgebiete als streikende Gelesten bekannten Leute, welche durch die "Deutsche Töpferzeitung" belampt gemacht werden (schwarze Listen!) dürfen auf keinen Fall von heute an beschäftigt werden, widrigenfalls § 4-5 der Statuten voll und ganz zur Anwendung kommt." — Wer läßt hier mitschneiden den schlimmsten Terrorismus? — Die Antwort lautet: Die Arbeitgeber — der Verband der Töpfermeister u."

Käme es der Leipziger Polizei wirklich nur auf das gute Einvernehmen zwischen Arbeitern und Meistern im Töpfergewerbe an, sie mühte zu allererst dem Meisterverein zu Leibe gehen. Statt dessen läßt sie vor Allem den Verein der Arbeiter auf. Das ist bezeichnend, was sie unter "gutem Einvernehmen" versteht: die absolute Unterwerfung des Arbeiters unter den Willen des Arbeitgebers.

Und die Leipziger Polizei steht mit dieser Auffassung selbstverständlich nicht allein, in ganz Deutschland wird sie von der Polizei getheilt. Ueberall ist die Polizei die Dienerin des Meistertums, bereit, demselben die schmutzigsten Handlangerdienste zu leisten.

— Unsere Genossen im W. sächsischen Reichstags-Wahlkreise haben neulich ein Flugblatt zur bevorstehenden Reichstagswahl im Kreise verbreitet, worin die "Thaten" des jetzigen Vertreters jenes Kreises, Oberstaatsanwalt Hartmann, sowie der Kartellmeisterei überhaupt, der gehörenden Kritik unterzogen wurden. Natürlich ist die Wuth über dieses Flugblatt in den Kreisen der Kartellbrüder groß, und als gehorame Dienerin derselben hat die sächsische Regierung gegen die Herausgeber und Verbreiter des Flugblattes Anklage auf Verletzung des § 131 des Reichsstrafgesetzbuches erhoben. Es unterliegt nun kaum einem Zweifel, daß sie selbst bei den servilen Dresdener Richtern damit kein Glück haben wird, aber um zu zeigen, wie weit die moralische Begriffsverwirrung oder besser gesagt, die Abwesenheit aller Rechtsbegriffe in Deutschland heute geht, wollen wir hier die Stelle des Flugblattes folgen lassen, die von der Regierung "intrinmir", wie der technische Ausdruck lautet, d. h. als verdröckerisch bezeichnet worden ist. Sie lautet:

"Um sich den Sätzen der Arbeiterfreundlichkeit zu geben, hat man das Alters- und Invalidenrecht geschaffen. Jedem damit der Arbeiter begehrt ist, müde dahin gestellt bleiben, denn es werden ihm neben den allgemeinen Steuern, welche er zur Erhaltung des Staates, ab direkt oder indirekt aufbringen muß, nun noch Beiträge aufgebürdet, mo er sonst schon von vornherein reich, daß er nie und nimmer etwas davon wieder erhält; und trotzdem dieses Geleze nur eine Entlastung des Armenwesens ist, fangen aber schon die Kleinhandwerker an, den Arbeiter darum zu beneiden."

Wie man sieht, nichts als eine abfällige Kritik eines Gesetzes, die, so sehr sie thatsächlich auch zutrifft, doch selbst wenn dies nicht der Fall wäre, in seiner Weise die Grenzen des Zulässigen auf diesem Gebiete überschreitet. Wo ist hier die "erbachte oder entstellte Thatsache", die das unbedingte Erforderniß der Anwendung des genannten Paragraphen bildet? Selbst mit der schärfsten Lupe ist sie nicht zu entdecken. Soll sie in den Worten "Sätzen der Arbeiterfreundlichkeit" liegen? Das liegt vorans, daß die Arbeiterfreundlichkeit eine Staats-einrichtung" oder eine "Anordnung der Obrigkeit" sei — eines so absurd wie das andere. Im Uebrigen aber ist kein Wort in dem obigen Satz enthalten, der sich nicht offenkundig beweisen ließe. Kurz, es liegt auf der Hand, daß die Anklage nur ein feiler Vorwand ist, um die Willkür der Verfolgung des Flugblattes zu bemanteln, und eine Entlastung darüber, daß die Regierung und den Kartellparteien ertheilten Liebe gelesen haben u."

— Etwas für den neuen "alten Feind". Wer mag das wohl geschrieben haben?

Die Gründung der christlichen Religion hat, wie diejenige aller Herrschaften, einen schwachen Anfang gehabt. Ein Jude aus der Gese des Volkes, von höchst zweifelhaftem Ursprunge, der unter die Abgeschmacktesten oder hebräischen Propheten die Vorschriften griechischer Moral mischte, dem man Wunder beilegte, und welcher schließlich in einem schimpflichen Tode verurtheilt wurde, ist der Held dieser Sekt.

Zwölf Fanatiker verbreiteten sie vom Orient bis nach Italien, und wenn man einige Wunder ausnimmt, die geeignet sind, eine glühende Einbildungskraft aufzuregen, so lehrten sie eigentlich nur jüdischen Deismus.

Diese Religion begann sich zu verbreiten in einer Zeit, wo das römische Reich unter der Tyrannie einiger Ungehener senkte, die es nach einander beherrschten. Während dieser Blutherrschaft tauben die Bürger in feier Vorbereitung auf alles Unglück, welches die Menschheit treffen kann, nur in Stoizismus Trost und Stille der Allen Leiden. Die Moral des Christentums ähnelt dieser Lehre (Stoa) und dies, sowie

...den, ...nach, ...ein, ...und, ...in, ...auf, ...wohl, ...ge, ...zu, ...sien, ...ge, ...er, ...ellen, ...um, ...ver, ...Bes, ...den, ...er, ...hin, ...in, ...und, ...der, ...ng, ...oll, ...geln, ...ber, ...und, ...krel, ...er, ...auf, ...igen, ...Die, ...der, ...ber, ...sie, ...Statt, ...ist, ...es, ...händ, ...bell, ...elben, ...an, ...aten, ...ann, ...kritik, ...in, ...des, ...einem, ...sein, ...che, ...heit, ...hier, ...in, ...ich, ...man, ...den, ...direkt, ...wo, ...er, ...was, ...nung, ...den, ...die, ...Fall, ...bezieht, ...hant, ...nt zu, ...heit, ...rats, ...sei, ...Bort, ...ien, ...anfer, ...in, ...den, ...wohl, ...aller, ...er, ...oppe, ...ber, ...theilt, ...allen, ...glü, ...ü b i, ...das, ...nach, ...länger, ...treffen, ...Die, ...sowie

die Lehre von der Auferstehung, ist die einzigste Ursache der ...
Seit der Zeit des Klaudius bildeten die Christen zahlreiche Gemein-
den, wo sie Agapen (Liebesmahler) einrichteten. Aus Furcht vor Stom-
plotten verboten die Herrschenden diese Versammlungen. Einige Jnan-
tiker stürzten die heidnischen Opfer des Volkes. Sie trieben ihre fromme
Unerschämtheit so weit, die Wödenbilder umzuwerfen.
Unter den Legionären gab es Offiziere, welche den Befehlen ihrer
Vorgesetzten nicht gehorchten, auch die Größe des Kaisers zerrissen. Die
Christen vergötterten die Konstantin, welche der Staat bestrafte. An
ihren Gräbern geschah Wunder. Man ehrte so die Märtyrer und
machte Jesus Christus zum Gotte.
Dann erkund man aus dem Anfange des Evangeliums Johannes
das Dogma vom heiligen Geiste. Die Bischöfe berieten dann Konzile
und viele bestätigten die neuen Glaubenslehren. Aus dem Bunde
des Markabius zog man die Lehre vom Heiligen. Diese Erfindung
ermacht der Kirche so viele Schätze, wie die Entdeckung Amerikas den
Spaniern.
Später wandelte sich die republikanische Verfassung der Kirche in eine
monarchische um. Die größten Betrüger, die Päpste,
trugen schließlich den Sieg davon. Sie benutzten die Schwäche der
Kaiser, um die Autorität der Kaiserkrone auf die Diara zu übertragen.
Die christliche Finsternis der Unwissenheit wurde mit jedem Jahr-
hundert dicker. Der schreckliche christliche Weltzug drehte sich
auf der ganzen Welt aus und fest sich nach fort. Von Hildebrands-
Gregor VII. datiert der Despotismus der Kirche. So wie die Tri-
bunen im alten Rom erzielten alle Geistlichen das Privilegium der
Unverletzlichkeit. Dadurch wurden sie der Nachsicht ihrer recht-
mässigen Fürsten entzogen. Der Bischof in Rom gründete dadurch eine
große schwarze Armee, in allen Reichen der Erde stets bereit, für ihn
zu kämpfen.
Ein bis zur Verwegenheit mutiger Mönch in Sachsen (Luther), mit
starker Einbildungskraft begabt, wurde zur Zeit der Wahrung das Haupt
der Partei, welche sich gegen Rom erklärte. Dieser Weltverderber zertrat
die Chimära und der faule Hauber ward zertröt.
Die großen Gemeinheiten des Stils lassen Luther als einen
barbarischen Schriftsteller eines ungebildeten Volkes erscheinen. Wenn
er auch nichts anders gethan hätte, als Fürsten und Päpste von der
knechtischen Sklaverei zu befreien, in welcher sie von Rom stets er-
halten, so müßte man ihm Aläee errichten als dem Befreier der
Völker.
Infolge der Reformation wurden die unwissenden Theologen ge-
zwungen, sich zu unterwerfen. Der theologische Doh mißte sich in die
Politik der Souveräne und verurteilte die vielen Kriege, welche Deutsch-
land verwüsteten und es so viel Frankreich und die Niederlande mit
Blut überschwemmten.
Wer sieht nicht aus der Geschichte der Kirche, daß sie Menschenweh
ist? Welche erbärmliche Rolle spielen sie ihren Gott spielen? Er
schickt seinen einzigen Sohn in die Welt und dieser Sohn ist Gott
selbst? Er opfert sich selbst, um sich mit seinem Geschöpf zu ver-
öhnen? Er wandelt sich in einen Menschen um, um das verdorbene
menschliche Geschlecht zu veröhnen? Was sind nun aber die Folgen
dieses großen Opfers? Die Welt bleibt trotz der Jahrtausende langen
Anstrengungen ebenso schlecht, wie sie es gewesen ist. Dieser Gott,
welcher spricht: Es werde Licht! sollte er sich vielleicht unrichtiger
Mittel bedienen haben?
Man sollte meinen, ein einfacher Akt seines Willens hätte genügt,
um alle moralischen und physischen Uebel aus der Welt zu verbannen.
Was sind das für bornierte Geister, ihrem Gotte ein so abgeklärtes
Verfahren beizulegen, indem sie ihn auf dem Wege des größten Wunders
ein so unvollkommenes Werk unternehmen lassen, welches, wie man
sieht, total mißlungen ist.
Der Stifter der christlichen Religion „Aude von höchst zweifelhaftem
Ursprung“ — die Religion selbst ein „schrecklicher Betrug“ — ihr
Gott spielt eine „erbärmliche Rolle“, und was der ge-
schicklichen Ausfälle noch mehr sind. So etwas kann natürlich nur ein
gottloser Unstärker geschrieben haben, der keine Autorität anerkennt
und Thron und Altar ewigen Krieg geschworen. Solch ein Scherz
muß unendlich gemacht werden!
Gernach, junger Mensch, der Mann, der das schrieb, ist schon über
hundert Jahre tot, an dem ist nichts mehr zu verkommen. Willst Du
aber wenigstens seinen Namen erfahren, um ihn den Abkömmlingen der leben-
den Generation zu überliefern, so wisse, der Verfasser ist kein anderer
als — der wirkliche „alte Fritz!“
— Ein gefährlicher Konkurrent ist den Remern um den
Ehrenpreis für die albernste Versammlungs-Auflösung
in der Provin des Gemeindevorstands Großmann aus Planen
bei Dresden entstanden. Dieser Großmann, der seinen Namen Ehre
macht, denn er ist ein großer Mann, hat eine Versammlung in Reichen-
berg bei Dresden, in der Wibel über die sächsischen Landtags-
wahlen referierte, aufgeführt, als der auf Wibel folgende Redner,
Dreyer, der Bromerei seinen Dank aussprach dafür, daß sie ihren
Soal zu der Versammlung herbeigeen.
Dieser Dank, sagte Herr Großmann, ist staatsgefährlich, und
die Versammlung war aufgelöst.
Die Idee, einen Dank für staatsgefährlich zu erklären, ist so genial,
daß wir fürchten, Herr Großmann erhält im Wettbewerb die Palme. Also
auf, wer ihn überbieten zu können glaubt!

Seine Ermahnung erhalten, auf den Geldfuß mehr Rücksicht zu nehmen?
Wahrscheinlich, ja sehr wahrscheinlich, denn niemand ist ein größerer Gegner
wirklicher Schmeichelei für Arbeiter als der Mann, der sich als den
größten Sozialreformer des Jahrhunderts ausgeben läßt.
— Die Unterdrückung der Wahlvereine in Sachsen, deren
wir bereits erwähnten, ist eine Maßregel, über die wir kein Wort ver-
lieren wollen. Sie entspricht genau dem herrschenden System und hat
also an sich durchaus nichts Auffälliges. Ein gewisses Interesse für
uns hat dies die sogenannte Begründung. Sie ist für den Leipziger
und den Dresdener Verein so ziemlich gleich — dieselbe Konzeption in
grün — in der Hauptsache gleich, nur die unwesentlichen Details ver-
schieden. Man war so glücklich, der Verfügungsfreiheit der Arbeiter
seine Beschränkungen anzulegen, solange die Nothwendigkeit noch nicht
fehlte — und so wurde die Gründung des Vereins erlaubt.
Aber es wurden Neben gehalten, welche den Beweis lieferten, daß
der Verein „Unsturz“ plant. Ein Unstürzer sagte, die Gewerbe-
freiheit sei gegeben worden nicht im Interesse der Arbeiter, sondern des
Kapitals — „Unsturz!“ Ein Anderer: „Die Kartellpartei nimmt gegen
Steuern, die ihr an den Vestel gehen, und suchte die Steuerlast auf
die Arbeiter abzuwälzen“ — Unsturz! Wieder ein Anderer: „Bei den
letzten Wahlen habe der Mannon sich zusammengefunden, um die
Arbeiterklasse zu unterdrücken“ — Unsturz! Und so weiter.
Unsturz, nichts als Unsturz. Und hinteralen es nun in No-
torietät (!) beruht, daß die sozialdemokratische Partei im 12. und
13. sächsischen Reichstagswahlkreise (Leipzig Land und Umgegend) Ziele
verfolge, deren Verwirklichung einen gewaltthätigen Unsturz der
bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung voraussetzen würde“, so
war denn die arme Reichshauptmannschaft Leipzig in die „Nothwendig-
keit“ verlegt, die bedrohte Staats- und Gesellschaftsordnung zu retten
und den Bahroerern anzuführen. Und hinteralen „es in Notdurft
beruht, daß die Leipziger Reichshauptmannschaft, sowie ihre Kollegen in
Dresden, überhaupt die gesamte deutsche Polizei des Vater nicht
erkunden haben, so müßten wir den Deutschen raten, sich künftig wenig-
stens irgend einen Tertiarer oder Sekundärer zu suchen, der das ABS
der sozialen Frage studiert hat und im Stand ist, ihnen in ähnlichen
Fällen Begründungen zu schreiben, die sich nicht durch polizeiwidrige
Unwissenheit auszeichnen und das Gefährte jedes Durchschnittsquantum
erzeugen müssen.“
Mit was für G — muß man sich herumschlagen —
variieren wir das bekannte Wort des alten Fritz.
— Eine abweichende Ansicht. Gegenüber demjenigen, welche das
Scheitern der Vereinigungsbemühungen auf dem
Pariser Internationalen Kongreß zu schuldig beklagen,
wollen wir heute einmal einer sozialistischen Stimme Gehör geben, welche
der gegenteiligen Meinung ist. Das „St. Louis Tageblatt“, das sich
oft durch seine vorurtheilsfreie Beurteilung der Dinge auszeichnet,
schreibt in einer nachträglichen Beleuchtung des Internationalen Kon-
gresses:
„Einigkeit unter Arbeiterorganisationen ist — gewisser Differenzen
ungeachtet — nur unter der Bedingung denkbar, daß sie vom Grund-
prinzip der modernen Arbeiterbewegung getragen sind: das ist die
Lehre vom unversöhnlichen Gegensatz zwischen Kapital und
Arbeit in der heutigen Gesellschaftsform, welche durch die politische
Gewalt aufrechterhalten wird.“
Diese Lehre bedingt die Schaffung einer selbstständigen, unabhängigen
politischen Arbeiterpartei zum Zweck der Eroberung der politischen
Macht; den Verzicht der Arbeiterklasse auf jedwede
Verbindung mit den bürgerlichen Parteien, die doch
im Selbsterhaltungsinteresse gezwungen sind, die heutigen Vorrechte des
Kapitals weiterzubehalten zu lassen.
„In den Vereinigten Staaten haben die vorgeschrittenen Arbeiter zu
oft wiederholten Malen die Erfahrung gemacht, daß das Verständnis
und Vorkommen ihres Grundgedankes ein untrügliches Merkmal der Reife
und auch der Uebelsicht der Arbeiter-Agitatoren ist. Alle Versuche
einer „Vereinigung“ mit Elementen, welche auf dem politischen Boden
der alten Parteien standen, sind aber kurz oder lang zum Schaden der
gesamten Arbeiterbewegung ausgefallen.“
Wir bedauern es daher nicht, daß eine Verschmelzung der beiden
Pariser Kongresse nicht zu Stande gekommen, sondern wir halten es im
Gegentheil für ein Glück, daß die „Possibilitäten“ geblieben sind, wo sie
gewesen. Durch eine Vereinigung wäre der leitende Grundgedanke der
fortschrittlichen Arbeiterbewegung zu Schaden gekommen; von seiner
Reinheit und Unverfälschtheit hängt aber der dauernde Erfolg ab. Be-
sonders für Frankreich ist das hochwichtig. Dort sind die Sozial-
isten, welche nicht an der Politik der Bourgeoisie theilnehmen, der
wahre internationale Friedenshort; das beweisen sie durch
die demonstrative Auszeichnung, welche sie den 83 deutschen Delegirten
zu Theil werden ließen.
Und hierbei gelangen wir auf die Bedeutung aller späteren sozial-
istischen Weltkongresse: sie werden, wie der Pariser, ein drohender Protest
gegen die Kriegsgelüste der herrschenden Klasse sein; eine deutliche
Willensklärung der Arbeiter, daß sie sich nicht bemüßigt erachten, für
das Phantom der Nationalgröße oder zur Dille für diplomatisches In-
trigenspiel ins Feuer zu gehen. Ein „internationaler Arbeiterkongreß“
schließt nicht nur die Vereinigung „ungerechter“ Kriege ein, sondern ein
Veto gegen jedweden Krieg.
Aus diesem einen Grunde schon ist eine alljährliche Wiederkehr solcher
Versammlungen heilsam und geboten.“
So weit das „St. Louis Tageblatt.“
Der Schlußsatz wird wohl nirgends — natürlich soweit Sozialisten
in Betracht kommen — Widerspruch finden. Und was die auf die
Vereinigungsfrage bezüglichen Ausführungen anbetrifft, so kann man
nach anderer Ansicht lediglich insofern ihre Wichtigkeit bestritten, als es sich
in Paris nur um eine Demonstration zu Gunsten allgemeiner
Arbeiterforderungen sowie gegen die Völkerverheerung
handelte, und bei solchen Anlässen die Hervorhebung weitergehender
politischer Differenzen unnötig ist. Sobald es sich aber um eine in-
time Vereinigung handelt, hat das „St. Louis Tageblatt“
sicherlich Recht. Da ist die Gemeinsamkeit des prinzipiellen
Standpunktes unerlässliche Vorbedingung.
— Gefinnungsrichtigkeit. Wir lesen in einem französischen Blatt:
„Der Geist des Antilebisizit-Gesetzes entsprechend und auf Grund
der Anweisungen des Ministeriums des Innern hat die Präfektur der
Seine es abgelehnt, die Anmeldung der kontumazierten Boulanger und
Rochefort anzunehmen.“
Man behauptet heute, daß die Regierung ihren Standpunkt geändert
hat. Sie sei geneigt anzunehmen, daß die Erklärungen der Nichtwäh-
baren von dem Augenblick an die Wirkungen der Gesetze unterbrechen
können, wo sie auf außergerichtlichen Wege und durch die Thätigkeit
erfolgen.
Mit andern Worten, die Erklärungen der Herren Boulanger, Rochefort
und Dillon würden nicht angenommen werden, aber die Kandidaten
könnten ungehindert ihre Plakate anheften, Stimmzettel vertheilen lassen u.
Wenn diese Nachricht sich bestätigte, so würde aus die Rechtswissen-
schaft der Regierung die Grenzen des erlaubten Spottes zu übersteigen
scheinen.
Wir wollen indeß hoffen, daß es sich da nur um eine Geste handelt.“
Das hat sicher in einem Organ der fanatischen Anhänger Ferrys ge-
standen, denkt der Leser. Nur ein konservativer Stad-Bourgeois kann
es für einen „schlechten Spoh“ halten, daß die Regierung einer Republik
dem allgemeinen Wahlrecht seinen freien Lauf und die Entscheidung
darüber, ob ein Abgeordneter wählbar oder nicht, der zu wählenden
Volkvertretung überläßt.
Fehlgeschossen, das Blatt, dem die bestehende Regierung in Aus-
nahmemaßregeln noch nicht weit genug geht, ist der
„Parti Ouvrier“, das Organ der französischen Possibilitäten!“
— Was ein verlornere Streif lehrt. In Nord-Illinois
sind vor einiger Zeit aus Anlaß einer Kohlenredaktion ein Kohlen-
gräber-Streik statt, der mit der Niederlage der Arbeiter endete.
Es wurde, nachdem die Arbeiter wochenlang gestreikt, ein Schieds-
gericht ernannt, das zwischen ihnen und den Grubenbesitzern ent-
scheiden sollte. Dieses Schiedsgericht nun kam zu dem Resultate, daß
die von den Grubenbesitzern für nothwendig gehaltene Kohlenredaktion

berichtigt sei, und zwar deshalb, weil sonst der Betrieb der Minen sich
nicht verlohnen würde.
Unter in St. Louis erscheinendes Parteiorgan, das „St. Louis Tage-
blatt“ nimmt aus verschiedenen Gründen an, daß die Angabe der
Grubenbesitzer richtig gewesen sei, daß sie mit einem höheren Lohn als
dem Zimmerlohn von 2 1/2 Cents den Betrieb der Minen nicht fort-
setzen könnten, und daß die gegenteilige Behauptung der Arbeiter, die
in geschäftlichen Dingen nicht so geschult seien, in diesem Falle weniger
glaubwürdig sei, wie die der Unternehmer.
Klammern führt unser Bruderorgan fort:
„Was nun? Haben wir damit die Sache der Arbeiter preisgegeben?
Demagogen mögen solchen Schlag für angebracht finden. Wir
Sozialisten wissen aber der Frage eine andere Seite abzu gewinnen.
Wir geben zu, daß gewisse Industriezweige an gewissen Orten un-
profitabel sind oder zeitweilig werden, wie jetzt die Kohlenindustrie von
Nord-Illinois. Wir geben zu, daß die Unternehmer bei 80 Cents
Arbeitslohn nicht bestehen können.
Und eben deshalb sind wir Sozialisten.
Eben deshalb befürworten wir die gesellschaftliche Organi-
sation der Produktion: die Verwerdung und Vertheilung
der Arbeitskräfte in solcher Weise, daß die Menschen bei der
Arbeit nicht Noth zu leiden brauchen.
Die Minen von Streator und Umgegend erweisen sich als unprofitabel,
weil ihr Betrieb zur Zeit überflüssig ist; der Markt, für den
sie produzieren, wird von anderer, näherer Stelle versorgt. Die Pro-
duktion der bürgerlichen, der Privatindustrie; die Unmöglichkeit
für den Einzelnen, zu rechnen, was vorhanden ist und was gebraucht
wird, — das ist die Ursache unlohnender, weil zweckloser
Produktion.
Von einem Wechselreiter kommt das Wort: „Schade um jedes Stück
Papier, auf das kein Wechsel geschrieben wird.“ Das ist der leitende
Gedanke der gesamten Privatindustrie: Jede neu entdeckte Ader, die
nicht sofort ausgebeutet wird, hat ihren Beruf verfehlt.
Es wird produziert, um den Einzelnen zu bereichern, nicht um die
Bedürfnisse der menschlichen Gesellschaft zu decken.
Dieses System der willkürlichen Gütererzeugung nach dem Willen und
zum Vortheile Einzelner und zum dauernden Nachtheil der arbeitenden
Klasse will der Sozialismus durch die von Staatswegen gebaute und
geleitete Produktion erlegen. Letztere hätte nicht die Spekulation
zum Zweck, sondern nur den wirklichen Bedarf zur Grundlage. Der
Staat würde nicht Grubenwerke, wie die Nord-Illinois, in Betrieb
halten, wenn der Markt ohne sie hinreichend versorgt ist, sondern die
dort überschüssig gewordenen Arbeiter anderweitig verwenden, zunächst
durch Transferrierung und Vertheilung derselben nach anderen Gruben.
Wenn also die Angabe der Nord-Illinoiser Minen-Besitzer, daß sie
nicht im Stande seien, 80 Cents per Tonne Arbeitslohn zu zahlen, den
ethischen Verhältnissen entspricht, so beweist das nur, daß die
Privatproduktion ein Gemeinchaßen geworden ist und dem sozialistischen
System der gemeinschaftlichen Gütererzeugung für den Gebrauch, anstatt
für die Spekulation, Platz machen muß.
Was hier von der Gemüthung der Noble an einem bestimmten Orte
gelagt ist, das gilt unter Umständen auch von ganzen Industrie-
zweigen.
Wird durch technische Fortschritte ein Industriezweig dahin gebracht,
daß er nur noch auf Kosten von Fleisch und Blut der in ihm beschäftigten
Arbeiter erhalten werden kann, so ist derselbe überflüssig gemor-
den! Freilich wird dieser Grundtag erst zum Durchbruch gelangen, wenn
sozialistische Anschauungen für die Gesellschaft maßgebend geworden sein
werden.“
— Der vorsehend erwähnte Streif gab der Chicagoer „Arbeiter-
Ag.“ Anlaß zu folgender Betrachtung:
„Wenn irgend Jemand Ursache zu einer Umgestaltung unserer gesell-
schaftlichen Verhältnisse hat, so sind es gewiß unsere Kohlengräber. Seit
Jahren sind sie schon auf den Hungeretat herabgesunken, aber unerfüllbarer
sind die Kohlenbarone nur geworden. Ihre Herzen sind hart wie Stein,
und ohne mit der Wimper zu zucken, erklären sie den verwohnten
Gräbern des schwarzen Diamants: Nehmt unsere Bedingungen an oder
verhungert!“
Wenn sich die Kohlengräber in diese Bedingungen fügen müssen, dann
ist das gleichbedeutend mit langsamem, zollweisem Hungertod. Sider-
lich! Unsere Kohlengräber haben mehr als irgend ein anderer Arbeits-
zweig ein Interesse an der Umgestaltung unserer Verhältnisse. Aber
sehen wir, daß bei den Kohlengräbern der Gedanke der gesellschaftlichen
Umgestaltung schon irgendwie in nennenswerthem Maße verbreitet wäre?
Wir ist davon nichts bekannt. Im letzten Herbst stimmten die Berg-
arbeiter noch für „Harrison und Schuyler“; heute erblicken sie ihren
Schwengel in Frank Lamer und ihre Rettung in der demokratischen
Partei. Sollte man's für möglich halten? Aber es ist möglich! Es
ist nur natürlich! Die Leute wissen noch nichts vom Sozialismus;
seine weiterführende Lehre haben sie noch nicht begriffen. Die Un-
wissenheit ist es wieder, auf die wir auch hier als Hinderniß auf
dem Wege zur wahren Besserung stoßen. Und an den Sozialisten ist
es, die nötige Erkenntnis zu verbreiten, wenn sie die Kohlengräber zu
Mitämpfern heranziehen wollen.
So mögen wir uns drehen und wenden, wie und wohin wir wollen:
dem Fortschritt und der Erlösung der Menschheit steht noch als
größtes Hinderniß die Unwissenheit des zu erlösenden
Volks im Wege. Dieses Hinderniß aus dem Weg zu räumen, ist heute
die Aufgabe eines jeden zielbewußten Sozialdemokraten. Wer da glaubt,
daß da genug aufgefährt sei, der ist einfaß ein Mensch, der sich noch
mehrmals mit den nackten Thatfachen beschäftigt hat, oder er ist ein be-
dauerlicher Utopist — noch etwas Schlimmeres.“
— Ein Justizmord in des Wortes schlimmster Bedeutung
wurde vom Leipziger Landgericht im Herbst 1886 verurtheilt,
als es wegen einer einfachen Straßenschlägerei, die am 26. September
des genannten Jahres durch Polizisten in Anß provoziert worden war,
vier Sozialdemokraten zu 2, 2 1/2 und 4 Jahren Zuchthaus ver-
urtheilte. (Ein Ausgewiesener — die Leser erinnern sich des Falls —
wurde von Genossen begleitet, einer derselben wollte ein rothes Stük-
chen Zeug an einem Stod befestigen, ein paar Kerle stürzten sich auf
ihn, es entspann sich eine übrigens sehr harmlose Prügelei, in welcher
die belagerten Kerle einige Pässe abbekamen. Belagerte Kerle entpuppten
sich später als Polizisten, was ihnen jedoch Niemand hatte ansehen
sönnen. Und dieser einfache Vorgang, der dem einen oder anderen be-
sonders hervorragend Beteiligten unter normalen Verhält-
nissen höchstens — 10 Mark Geldstrafe eingebracht hätte, wurde zu
Zuchthaus und Friedensbruch aufgepufft — der verurtheilte
Hantschel verdiente sich damals keine Sporen — und vier Menschen
insammen zu 11 Jahren Zuchthaus verurtheilt! Und das ist
nicht das Schlimmste! Es unterliegt nicht dem mindesten Zweifel, daß
drei der vier Verurtheilten gar nicht bei der Schlägerei zugegen waren,
also doppelt unglücklich verurtheilt wurden! Und wenn wir von
Justizmord sprachen, so meinen wir das wirklich, denn der Eine
der Verurtheilten ist im Zuchthaus und am Zuchthaus gestorben!
Ein Gegenstück dazu hat sich jüngst in Landshut (in Schlesien)
ereignet. Als der dort lebende Bergwalde Sobel die Nachricht von
der Verurtheilung seines Sohnes zu drei Jahren Zuchthaus
wegen Theilnahme an den „Ausführungen“ der Bergleute zu Beginn
des Badenerburger Aufstandes erhalten hatte, ging er hin und erhängte sich.
Auch hier ist die profitorische Justiz die Urdorbin, der Richter,
der das schändliche Klaffenurtheil über den Sohn gefällt, der
Röder des Vaters.
Möge ihn dieses Bewußtsein nie verlassen!
— Aus dem Laude der „Sozialreform“. Im sächsischen
Rußenthal wird in einer großen Spinnerei, wie man der Chem-
niger „Presse“ ans Penig schreibt, von Morgens halb 6 Uhr
bis Mittags 12 Uhr ohne jegliche Frühstückspause (die Ar-
beiter und Arbeiterinnen müssen während der Arbeit das Frühstück zu
sich nehmen) gearbeitet. Die Mittagspause währt nicht von 12
bis 1 Uhr, sondern nur bis halb 1 Uhr, — also eine halbe Stunde! —
wo die Arbeit wieder aufgenommen werden muß, und nun geht es
ohne jedwede Pause bis Abends 8 Uhr, d. h. als 14
Stunden täglich. Für diese angespannte Arbeit wird ein Wochen-
verdienst von 7 bis 8 Mark erreicht, also für 81 Stunden in
sechs Arbeitstagen oder pro Stunde 8 1/2 — 9/10 Pf.

Kein Sklavensystem wird seine Sklaven so schonungslos ab-
radern, so brutal zu Tode hegen — denn solche Schinderei
hält kein Organismus auf die Dauer aus — als es hier im Lande
der christlichen Fürsorge für die Armen und Unterdrückten ge-
schieht. Und im Einklang mit den Regierungen dieses Mutterlandes
geschieht. Denn wehe dem, der es wagt, die Arbeiter jenes modernen
Büro aufzufordern, sich zur Ertragung besserer Arbeitsbedingungen
zu koalieren! Er macht sich eines strafbaren Mißbrauchs
des Koalitionsrechtes schuldig — das noch ihnen jede Ein-
mischung dritter in das Verhältnis zwischen Kapitalist und Arbeiter
verboten, weil es — gar nichts darüber sagt! Die Arbeiter müssen
sich selbst aus dem Sumpf ziehen, und wenn sie das Mühsal der
Kampfkunst nicht fertig bringen, sich ohne Murren zu Tode abradern lassen.
Ein Gesetz verlangen, das dieser Raubwirtschaft an Menschenleben
eine Grenze zieht, heißt die „Freiheit der Arbeit“ antauchen — die ein-
zige Freiheit, die im Lande der christlichen Sozialreform keine Ein-
schränkung verdirbt, nämlich die die nothwendige Vorbedingung
ist der Freiheit des Ausbeutens.

— **Also doch!** Wie das Herforder Kreisblatt wissen will, hatte
Wilhelm II. bei seinem Besuch in Münster in einem Gespräch mit
dem Herforder Landrath v. Borries die Rede auf die Arbeiter-
schutz-Gesetzgebung gebracht und die vorhandenen Bestimmungen
als nicht ausreichend bezeichnet, um den Arbeiter gegen
die Ausbeutung durch das Kapital zu schützen. Hierin
Sorge zu tragen, sei das Nothwendigste, was geschehen müsse.
Danach ließen die deutschen Antworten der Arbeiter von Breslau
und Schwere in auf die fahrlässigen Ansprüche ihre Wahrungen nicht
verfehlen zu haben. Also nur so fortzuführen, deutsche Arbeiter. Ein
gutes Wort findet seinen guten Ort.

— **Sie haben die Deutschen klein gemacht** — sagten wir in
voriger Nummer von den angeblichen Schöpfern der „Größe Deutsch-
lands“. In der That, nicht nur nimmt die Kriecherei nach
oben in Deutschland immer mehr überhand, nicht nur spielt das po-
litische Denunziantenthum in Deutschland eine immer grö-
ßere Rolle, auch sonst stoßen wir in Deutschland auf Erscheinungen,
die nur bei völliger Versumpfung des öffentlichen Lebens mög-
lich sind.

Da ist z. B. die famose Gießlänchen-Geschichte in
Gechingen. Man sollte es kaum für möglich halten, daß die Un-
vorsichtigkeit oder Ungezogenheit eines 10jährigen Knaben, der einer
„Frau Vordröster“ aus einem Gießlänchen etwas Wasser auf das
Kleid spritzte, zu einer Haupt- und Staatsaktion mit Konfiskation von
Hütungen, Hausinrichtungen u. angehängt werden konnte. Und doch
ist es geschehen, und doch wird der Prozeß mit einem Eifer geführt,
als stehe die Sicherheit der geheiligten Staats- und Gesellschaftsordnung
auf dem Spiele. So überwiegend die Komik der Einzelheiten dieser
Geschichte ist, so ist diese als Ganzes doch ein so charakteristisches
Symptom der Verkommenheit des deutschen Bürgerthums, daß sie anders
als niederdrückend wirken konnte — selbst auf den, der nicht im
Bürgerthum, sondern im Proletariat die Zukunft der Gesellschaft er-
blickt.

Aber wenn die Welt graffiert, fragt man nicht, in welchen Häusern
sie einkehrt. Die Atmosphäre ist vergiftet, und Jeder fühlt sich unbehaglich.

In dieselbe Rubrik gehört der nachfolgende Fall des Stadtschul-
theinens Hinlings.

Bekanntmachung. Der hiesigen Einwohnerschaft wird zur
künftigen Nachsicht hierdurch mitgetheilt, daß öffentliche Be-
sprechungen von Mängeln jeder Art in der Verwaltung der
städtischen Verwaltung in den Lokalblättern u.
sei es durch einzelne Personen, sei es durch Vereinigungen, keine
Berücksichtigung finden werden. Derartige Berichtigungen könnten
gerne sein, unangenehm ist in der Einwohnerschaft und Miß-
trauen gegen die Behörden hervorzurufen. Anträge auf Abstellung von
Mißbräuchen oder Beschwerden sind, wenn sie Berücksichtigung finden
sollten, ausschließlich nur bei dem hierzu zuständigen Stadtschulthei-
nen oder dem bei der vorgesetzten Behörde anzubringen. Gchingen,
2. September 1889. Stadtschultheißenamt. Schaller.

Dieser famose Fall hat, wie die „Vollzeitung“ berichtet, bereits
zu einer Erklärung des Bürgerbundes der Stadt und Hülfsen Anlaß
gegeben. Derselbe lautet: Die geführte Bekanntmachung des Herrn
Stadtschultheißen Schaller sehen wir als Folge unerer Aufklärung
über „Wohnsteuer“ an. Die Wohnsteuerberechnung war eine Antwort
auf mehrfache an uns gerichtete Anfragen und war demgemäß für die
Arbeiter und Arbeitgeber, nicht aber für das Stadtschultheißenamt
bestimmt, was auch aus Form und Inhalt unserer Berechnung deutlich
hervorgeht. Wir werden uns auch in Zukunft die Freiheit nehmen und
Anfragen, die an uns gestellt werden, durch die Presse oder wie es uns
sonst gut scheint, beantworten und dabei den Grundsatz „Oleisches Recht
für Alle“ hochhalten. Gchingen, 3. September 1889. Im Namen des
„Bürgerbundes der Stadt und Hülfsen“ der Vorhand: Dr. G. Steiner.
— Wir sind gespannt, was das hohe Schultheißenamt auf die „empö-
rende Unverschämtheit“ antworten wird!

— **Schweiz.** Der Verfasser des Anarchischen Manifests
ist in der Person des Grauer Nicolet in Chaurdefonds er-
mittelt worden. Der Berner „Bund“, der diese Mittheilung bringt,
setzt hinzu, Nicolet sei „selbstverständlich verhaftet worden“.

Dazu bemerkt der „Schweizerische Sozialdemokrat“ sehr treffend:
„Wir möchten fast wünschen, die Herren Verbund und Bedrogian“) und
Genossen kämen einmal an's eigenständige Ruder. Dann würde Herr
Dr. Guggenbühl, bei dem man gewiß sehr heftige antipolitische und
ant-ultramontane Schriften findet, wohl auch selbstverständlich ver-
haftet.“

Diese selbstverständlichen Verhaftungen, die aus sich selber begriffen
sein müssen, weil sie kein Gesetz rechtfertigt, sind allerdings die Haupt-
sache unserer politischen Polizei, neben den selbstverständlichen Ver-
hören und Hausdurchsuchungen.

Alles selbstverständlich; denn die Anarchisten müssen doch bekämpft
werden, ausgetrotzt werden, und was ist das einfachere als die Ver-
haftung u. s. w. Strafen können wir sie zwar gerichtlich nicht; denn
wir haben, leider, noch kein Anarchistengesetz. Aber gerichtlich-
politisch zu verhaften, bis ihnen die Augen überlaufen, das können
wir dennoch. Warum sollten wir nicht? Der „Bund“ und die große
Mehrheit des Schweizer Volkes haben ja nichts dagegen, und **Macht**
ist Recht. Ist nur der Mantel halbwegs tragbar, mit dem wir die
Sache decken, so auch sein sehr ehrbarer und ordnungsliebender Bürger
darunter. Er läßt und polstert.

Aber freilich: wenn einmal der Mantel fällt, dann muß auch der
Herzog nach. Wie das bald geschehen!

Und weiter schreibt das Organ unserer Berner Genossen:

„In der wurde das Rundblatt des Referendumskomites gegen den
Generalanwalt **politisch konfiszirt**. Die politische Polizei in Bern
lehnt die Verantwortung für diese Politik ab; dagegen wird sie
kaum leugnen können, sei nun der formelle Vorwand dieser Konfiskation,
welcher er wolle (wir kennen ihn heute noch nicht), daß ohne die
politische Polizei in s p h a r e, welche unsere Bundesbehörde
im Lande zu verhaften sich bemüht, die kantonale Polizei wohl kaum
in dieser Weise vorgegangen wäre. Wir vermuten, es handelte sich um
französische Rundblätter, welche aus Versehen der Druckerei keine Druck-
förmchen tragen. Noch bemerken wir, daß die freilich die Beschlagnahme
einer Druckschrift wegen diesem Mangel ausdrücklich untersagt; im freien
Kanton Waadt, der ja nicht mehr unter bernischer Herrschaft ist, mag
es anders sein. Bei politischen Rundblättern, Bahnanfragen u. s. w.
ist übrigens die Polizei an den meisten Orten geschicklich genug, solcher
kleiner Mängel wegen ein Auge zuzubräuen, besonders wenn der In-
halt der Blätter nicht gerade beunruhigend ist.“

Schwer leidet die folgende Kotiz des „Sozialdemokrat“:
„Nach ein Standpunkt. Vor 14 Tagen hatten wir Gelegen-
heit, mit einem Genossen aus Chaurdefonds, einem Vorstands-
mitglied der französischen Bräutlichkeit zu sprechen. Er sagte uns, sie
seien nicht für das Referendum gegen den Bundesanwalt. Wir fürchten
uns nicht vor der politischen Polizei; sie soll nur kommen in unsere
Berge, wir werden sie schon festhalten.“ — Eine Woche darauf ist die

politische Polizei nach Chaurdefonds gekommen, hat dort einen un-
behilflichen Kollegen und Mitbürger, der nichts Strafbares begangen
hat, nur wegen einer heftigen politischen Flugchrift gegen die Bundes-
behörden, verhaftet und weggeführt. Chaurdefonds blieb ruhig; — wie
übrigens vorauszusetzen war.“

Können sich gewisse Leute merken, die sich für sehr radikal vornehmen,
weil sie sich um die „unbedeutenden Tagesfragen“ nicht kümmern. —
Chrenberg-Attenhofer hat eine föhliche Niederlage erlitten.
Der Verläumdung aller Sozialisten und Demokraten — kurz aller wirk-
lichen Republikaner, hatte die Genossen Fischer und Sengelt auf
Grund von der Artikeln des Kritikers und einem des Letzteren in der
„Arbeiterstimme“ wegen Verläumdung und Beleidigung verklagt.
Trotzdem in den Kritiken dem Verfasser ein Sündenregister vorgehalten
worden, daß kein antändlicher Mensch, der sie gelesen, mit dem Neuver-
Major noch etwas zu thun haben möchte, fiel derlei doch mit der
Verläumdungslage jämmerlich ab, nur für die formelle Beleidigung
erfolgte Verurtheilung zu einer verhältnismäßig geringen Geldstrafe. Die
Forderung einer Prospektions-Geschädigung durch die Verurtheilung
an den Kläger wurde r u n d w e g abgelassen.

Natürlich rücht sich der Klagenmajor für seinen fatalen Verfall durch
eine ganze Fluth von neuen Schimpfereien. Aber je wäh-
loser er sich gebet, desto mehr vergrößert er seine Blamage — eine
jämmerliche Persönlichkeit, wie sie verächtlicher nirgends zu finden.

Ueber einige recht artige Enthüllungen, welche dieser Prozeß
zu Tage gebracht, in nächster Nummer. Für heute sei nur noch her-
vorgehoben, daß nach Attenhofers Geständnis die Subskription seines
Verleumdungschreibens gegen die Schweiz und die deutsche
Sozialdemokratie im Auftrage des deutschen Reichs-
ler-Komites geschrieben worden ist.

— **Aus Norwegen.** Es ist eine wahre Lust, das Alte führen
zu sehen. Der vordem ultraradikale Rechtsanwalt Joh. Sverdrup hat
mit seinem ganzen Ministerium einpacken und abziehen müssen. Die
Linke hat dadurch ihre lang verdiente Züchtigung erhalten. Ein kon-
servatives Ministerium mit dem Rechtsanwalt Gm. Stang als Premier-
(Staats-) Minister hat nunmehr am Ruder. Natürlich ist die Linke
mit Widerstand gegen die Spitze derer aus dem Häuschen. Jetzt
rührt es sich, daß Björnson, obwohl er über die Herrscherthron (natür-
lich vom Fortschrittlerstandpunkt aus gesehen) Sverdrups im Klaren
war, dennoch nach dem norwegischen Sitte den Mund gehalten hat, statt
sich zu freuen: Sverdrup trat nach Oscars Visite in Stockholm.

Was thun? Wie sollen wir uns der „Ohnmacht“, in welcher sich die
Partei befindet“, herauskommen? So schrieb kürzlich der fortschrit-
tliche Vorsteher der Zentralleitung, Ovan. Und was thäten die bio-
dern Fortschrittler — um sie einmal mit diesem Signamen zu be-
legen — auf ihrem Kongress, den sie am 26. und 27. u. M. abhielten?
Da deklarirte der „Radikale der Radikalen“, der seit langem nach
dem Fortschrittlerstandpunkt die Richtung des Reformers, daß die
durch die Berufung eines konservativen Ministeriums geschaffene poli-
tische Situation eine veränderte Taktik oder eine Programmänderung
von Seiten der Linken nicht erheische. Mit anderen Worten: die Linke
mit Björnson an der Spitze bleibt dieselbe Wahlschlappenpartei, die sie
vor Jahren war. Noch mehr! Vor Jahren hatte sie wenigstens ein
demokratisches Programm; Allgemeines Wahlrecht. Was hat sie jetzt?
In den Resolutionsheft heißt es: der Kongress empfiehl: den ver-
schiedenen Vereinen, das allgemeine Wahlrecht als Programmpunkt
aufzustellen. U. diese Zusammenhänge! Aber populär wollten sie doch
sein, und so mußten sie etwas von einer „gerechteren Verteilung der
Steuerlasten“ und Einführung der direkten Steuer, eine Sache, für
welche der junge Rechtsanwalt Joh. Casberg in Abthil sprach thätig
ist, hoffentlich ohne sich einzubilden, daß die Einführung der ausschließ-
lich direkten Steuer in der kapitalistischen Gesellschaft möglich und
wenn möglich, daß dann damit die soziale Frage gelöst ist.

Das Eine merkt sich die zielbewusste Arbeiterpartei: die Fortschrittler
werden für das allgemeine Wahlrecht nichts ernsthaftes thun. Darum
wurde auch beschlossen, daß die Arbeiterpartei nicht die Hand dazu
reichen wird, den Fortschrittler aus ihrer Ohnmacht herauszubringen.
Uebrigens, was göttlich amüsantes Geschehnis; nach vierjähriger
„Mühseligkeit“ erklären sich die parlamentarischen Freiwildkämpfer bereits von-
fernt. Natürlich! Wie kann es denn anders sein, wenn ihres Führers
Widerstand gegen die Regierung, an welchem — bald könnte man sagen
— „herv“ general“ Mitarbeiter ist, mit einem Artikel ins Feld rückt,
in welchem es, leider im Gegensatz zur Statistik, die idem Enthaltungen
zugänglich ist, die „Demokratisierung des Kapitals“ demonstrirt!

Während es so mit der Wahlschlappenpartei, der „Herrschin der Götter“,
wie Arne Garborg sie genannt hat, bergab geht, entfaltet sich die
sozialistische Partei immer kräftiger und hat bereits einen
Gegner aus dem Felde geschlagen. Es ist dies das Organ der auf die
Kirch-Dauner Ideen gegründete sozialistische Arbeiterpartei — „Arbeiter“,
welches bis auf unbestimmte Zeit, hoffen wir, bis auf den 21. Nummer-
kongress, sein Ergehen einstellt hat. Dagegen hat die „Vereinte nor-
wegische Arbeiterpartei“, welche unter Beachtung aller möglichen Vorsichts-
maßregeln, die übrigens sich als total überflüssig erwiesen haben, im
Sommer 1887 organisiert wurde, sich nunmehr auf ihrem dritten Landes-
kongress in Christiania zur sozialistischen Richtung hinübergerungen,
indem auf Verlangen des sozialistischen Arbeitervereins in Bergen der
Gesamten des modernen Arbeiterprogramms in das Parteiprogramm
aufgenommen wurde. Damit hat sich eine neue Wendung in der
Arbeiterbewegung vollzogen. **Vormärts! Raus aus Norvege!**

Korrespondenzen.

Berlin, 4. Sept. Wie nicht anders zu erwarten war, hatten sich
die Berliner Arbeiter mit wahrer Begeisterung der Idee einer Gedäch-
tnisfeier des 25jährigen Todesjahres Ferdinand Lassalle's hingeworfen.
Die erste Demonstration zu diesem Zweck fand in der Nacht vom 28.
zum 29. August statt und bestand in der Aufkündigung einer mächtigen
rothen Fahne. Am 29. August früh sammelten sich auf dem Doppel-
platz und in der Invalidenstrasse Tausende von Menschen an, um eines
seiner seltenen Schaulust zu sehen, durch deren Veranstaltung die So-
zialdemokraten das Andenken an hochwichtige Partei-Gelegenheiten oder
an ihre Dahingegangenen zu ehren pflegen. Hoch oben auf dem Tele-
phontrah, welcher den Doppelplatz kreuzt, hatten Genossen mit Lebens-
gefahr eine 5 Meter lange rothe Fahne, in der Mitte auf welchem
gelbe das Bildnis Ferdinand Lassalle's zeigend, befestigt. Und zwar
mit solcher Geschicklichkeit, daß die Fahne inmitten der vielen Drähte
ausah, als sei sie auf einen Tisch ausgebreitet, und das Bildnis Las-
salle's in voller Deutlichkeit zeigte. Als endlich die Hochwürdigkeit, durch
den Andrang der Menschen aufmerksam gemacht, herbeilief, um zu
sehen, was los sei, und das hebenallige Wahrzeichen erblickte, war ihre
Verlegenheit groß, wie dieses Ding am schnellsten wieder entfernt wer-
den könnte. Endlich hatte der Herr Vortragsmann einen genialen Ge-
danken und ließ die F r e n z e r rufen; aber auch diese konnte nichts
ansetzen und man sah sich gezwungen, nach dem Hauptdepot zu tele-
graphiren, daß die Fahne entfernt werden sollte. Um 6 1/2
Uhr gelang es dem auch, die Fahne herunterzuholen, der die umstehen-
den Arbeitermassen brandende Hochs nachschanden. Der Stank war wie-
der einmal glücklich gerettet, und die Hochwürdigkeit konnte auf ihren er-
wartungen Vorüberen übersehen. Was sie auch glücklich that, denn — schon
am 11. August hatte sie in aller Frühe in der Brunnentrafé neben
dem Fiederbahn-Depot hoch oben am Telephontrah abermals eine
große rothe Fahne, trotzdem Nichts als Schmutz, welche an
diesem Tage frei hatten, hatte in Hüllweiser stoden lassen; jedoch wurde
diese Fahne mit weniger Mühe als die erste entfernt. — Am Sonntag
den 1. September wurde nach hergebrachter Weise der Sterbetag Fer-
dinand Lassalle's durch einen Auszug der Genossen nach Johannisplatz
gefeiert. Anfangs hatte es den Anschein, als ob die Schaulust-
armen Anweisung hätten, Nichts gegen uns zu unternehmen, aber sehr bald
sollten wir erfahren, daß wir uns geirrt hatten. Um 4 Uhr kam der
K r e i s v e r e i n von Johannisplatz und wollte in beweisener Gela-
me, wo wir uns plazirt hatten, ein Vergnügen abholen. Dieser Verein
oder wurde von den Genossen nach Hause geschickt; vor diesen und
zurufen war selbst von der Welt nichts zu hören. Dies schien ein
Anlaß für die Schandarmen zu sein, ihr Benehmen zu ändern, denn
von nun an legten sie eine andächtige Veranlassung an den Tag; einer
besonders schlen sich ein Vergnügen daraus zu machen, wenn er mit

seinem Gaul in die dichtgedrängten Menschenmassen reiten konnte. Bis
gegen Abend war es mit 4-5 Schandarmen in aller Ruhe gegangen,
nachdem aber die Schandarmen sich bis auf 20 Mann verstärkt hatten,
und nachdem eine Anzahl der bekannten Nichtgentlemen angekommen
waren, wurden die Genossen etwas aufgeregter, jedoch ist es, soviel mir
bekannt, zu ernstlichen Austritten nicht gekommen, trotzdem die Schand-
armen am Abend gern ein kleines Rencontre inszenirt hätten. Jeden-
falls sollte durch das Benehmen der Genossen durch den Glaube
erweckt werden, als ob es sich gar nicht darum handle, neues Ma-
terial zur Verlangung des Schandgesetzes herbeizuschaffen, doch aus
dem späteren Verhalten derselben konnte man umsoher just diese Ab-
sicht herausfinden. Aber es sollte ihnen diesmal nicht gelingen, die
Genossen waren sich der Sache, welche sie zusammengeführt hatte, wohl
bewußt; und davon durchdrungen, wiesen sie jede Provokation von
Seiten der Ordnungshüter mit geschwiegender Verachtung zurück.

Am demselben Tage verbreiteten die Genossen von Telow, Belsow,
Starow ein föhndliches Flugblatt, welches ich der Redaktion demnachst
übermitteln werde.

Gent, im September. Auch von unsern hiesigen belgischen Ge-
nossen ist der 25jährige Todesjahr Ferdinand Lassalle's in würdiger
Weise gefeiert worden. Im großen festlich geschmückten Saale des
„Bourais“, dessen Bühne das Bild Lassalle's, umgeben von vielen rothen
Fahnen, stehe, schilberte Genosse Willys in glänzender Rede das
Leben und Wirken des großen Agitators und die Entwicklung der
deutschen Arbeiterbewegung. Gesangsbeiträge, Deklamationen u. s. w. füllten
den übrigen Theil des Festes aus, das einen wahrhaft großartigen
Verlauf nahm. Den Schluß machte ein begeistertes aufgenommenes Hoch
auf Ferdinand Lassalle und die sozialistischen Arbeiter beider Welten.
Mit sozialdemokratischem Gruß

J. Dufrenoy.

Sozialistische Presse und Literatur.

Die Hausindustrie in Deutschland. Ihre Entwicklung,
Ihre Zustände und ihre Reform. Von Paul Kampffmeyer
in Genf. (32 Seiten; Preis 15 Pf.)
Der Inhalt dieses lebenswerthen Schriftchens, welches das feste
Gest der Berliner Arbeiter-Bibliothek bildet, ist folgender: Handwerk
und Hausindustrie. — Proletariat und Hausindustrie. — Zwischen-
ausbeuter, Trucksystem und Uebervertheilung. — Die heutigen Zu-
stände und Troststände. Statistik. — Nothwendige Reform. — Die
Hausindustriellen und die Arbeiterpartei.

Briefkasten

Der Expedition: = Allg. Arbeiter. Vorname: Fr. 21. — Ab.
2. Ca. erb. — Allg. Arbeiter. Schöffhausen: Fr. 20. — a. Gto. erb.
— Pomm. Hgn.: Fr. 2.65 Ab. 3. Ca. erb. — J. P. Karou:
Fr. 2.25 Ab. 4. Ca. erb. — W. Hls.: Fr. 2.60 Ab. Sept. u. 4.
Ca. erb. =
Weißler u. Spok: M. 20. — Ab. per 89 erb. — W. J. Gg.:
M. 10. — Ab. 1/9-31/12 89 u. 1. Ca. 90 erb. Kommen uns
noch 30 Bg. zugute. — Berlin: M. 267. — a. Gto. Ab. x. erb.
— Phoro: Fr. v. 4/9 erb. u. Weiteres besorgt. — O. F. Genf: Fr.
v. 10/8 erb. Erwarten das Nähere in Hülde. Dank für Weiterbesorgtes
und Gruß. — Die rothen Gabenberger: M. 50. — a. Gto. Ab. x. erb.
Denkschrift u. Abdr. notirt. Weiteres nach Wunsch. — Bahrtreis
Gemein: M. 3.20 dem Wdd. dds. zugewiesen. — Utopia: Radr. v.
4/9 hier. Werden das Beste daraus nehmen. — Seidenwurm I.: M.
Bilg. folgt. Kostet Preis. 15.80, die mit Nr. 1 folgen können. — S.
P. Remort: (Dollar 1.50) pr. Sch. 62/2/3 jugl. Worto haben für
„M.“ an U. zu Ihren Kosten per 2/9 bezahlt. — Claudius: M. 50. —
a. Gto. Ab. x. erb. Weiteres am 6/9 hll. berichtet. — Aie Garbe:
M. 50. — a. Gto. Ab. x. erb. Denkschrift u. Abdr. notirt u. am 7/8 hll.
geantw. — Donnersberg: Abdr. it. Notiz v. 6/9 geordn. u. am 10/9 hll.
berichtet. — Arabi Pasha: Fr. v. 4 u. 7/9 am 10/9 beannt. Abdr.
not. hll. muß nun dort sein. — Schwarzer Taugenichts: M. 10. —
a. Gto. Ab. x. als erste Rate erb. Hoffen auf Winthil. d. Berpoch u.
bedanken das Weitere. — Korblucht: Fr. v. 7. am 10/9 beannt. Lange
Schweigeponen sind in solchen Fällen stets vom Uebel. — G. T. Sao
Ralo: Hllg. v. 11/8 notirt und Weiteres nach Vorchrift besorgt. —
Kother Jahn: Fr. v. 2/9 erb. u. unthll. notirt. Am 10/9 hll. Weiteres.
— Lionel: Denkschrift u. Abdr. it. Notiz v. 4/9 not. Weiteres
am 10/9 hll. — Armer Conrad: M. 25. — a. Gto. Ab. x. erb. Den-
kschrift u. Abdr. Weiteres nat. Brief. am 10/9 Gewünschtes berichtet.
— Eisenlopp: Fr. v. 7. am 10/9 beannt. u. Abdr. eingereicht. — G.
M. Abg.: Hllg. v. 3/9 folgt. Nota direkt. — Ruppig: Best. Dank. —
M. M.: Referenz Sch. dds. erb. u. weiterberichtet. — Blane: M. 50. —
a. Gto. Ab. x. erb. Denkschrift u. Abdr. notirt u. hll. am 10/9. Weiteres
berichtet. Fortf. der Jahn. angenehm. — Plattopf: M. 25. — a. Gto.
Ab. x. erb. und am 10/9. Erfragtes hll. berichtet. — P. B. Hm:
Hllg. folgt it. P. R. v. 4/9. — A. S. Hg.: Abdr. it. Fr. v. 8/9. ge-
ordnet. — Berlin: Notizen über Hllg. v. 8/9. u. Abdr., wie am
11/9. hll. berichtet. — Traunicht: Abdr. it. Fr. v. 9/9 notirt. Weiteres
nach Wunsch. — Gradus W.: M. 50. — a. Gto. Ab. x. erb. Ge-
wünschtes folgt hll. — Lorien: M. 270. — a. Gto. Ab. x. erb. und
Ggr. zugleich. Hllg. u. Abdr. notirt. Hll. mehr. — Felix III.:
M. 20. — a. Gto. Ab. x. u. P. R. v. 9/9. erb. Dank für Referenz.
Hllg. notirt. Fr. folgt. — Claus Groth: M. 125.75 a. Gto. Ab. x.
erb. Hll. Weit. — Clara: Hllg. v. 8/9. notirt u. Jritum betreffend
„A. M.“ berichtet.

Unsern nach Amerika abgereisten Freund und Genossen
Karl Hill, Schreiner,
rufen wir ein herzlich Lebenswohl nach in der Hoffnung, daß er
auch in der neuen Welt in die Reihen der Kämpfer für die Befreiung
der Arbeiter eintreten möge.
Die Stuttgarter Genossen.

Suchen ist in neuer **hebeiter Auflage** erschienen
und durch Unterzeichnete zu beziehen:

Die Frau

in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Von
M. Bebel.

Preis: bei Bezug von mindestens 5 Exemplaren M. 1.50 (Fr. 1.00)
Einzeln M. 2. — (Fr. 2.50)

Suchen ist in **Neu-Auflage** erschienen:

Acht Opfer des Klassenhasses.

Leben und Sterben der Chicagoer Arbeiterführer.

Preis 30 Pf. = 40 Cts.

Zahlreichen Aufträgen sieht entgegen
German Cooperative Publishing Co.
114 Kentish Town Road, London N. W.

*) Führer der Schweizerischen Ultramontanen.